

1 EURO

Februar-April 2009

Libertäres

Monatsheft
aus Leipzig

Freierabende!



#32

Anders sehen, anders denken.



Sicherheit im Doppelpack

Zwischen NATO-Gipfel und Innenministerkonferenz

Herrschaftskritiker_innen und Gipfelstürmer_innen können schon mal ihre Sachen packen: 2009 stehen gleich zwei Großereignisse ins Haus, die genug Anlass zum Protest geben. So soll der jährliche NATO-Gipfel dieses Mal in Frankreich und Deutschland über die Bühne gehen. Die Konferenz selbst wird am 3. und 4.

April 2009 in Strasbourg stattfinden, die „Geschäftssessen“ der Verteidigungsminister hingegen in Baden-Baden, 50 Kilometer von Strasbourg entfernt. Und im Herbst 2009 werden sich die europäischen Innenminister in Stockholm treffen, um dort den Rahmen für die Sicherheitspolitik

der EU in den nächsten Jahren festzulegen. Dabei haben beide Veranstaltungen mehr miteinander zu tun, als mensch auf den ersten Blick vermuten würde. [...]

*Fortsetzung
auf Seite 12f...*



Aus Alt mach Neu! Neu ist was?

Ein Nachtrag von Gerüchten, Tatsachen und Hybriden zur Eröffnung des Centraltheaters

Jede Metropole braucht, um ihren Status zu erringen, oder wenigstens zu etablieren, satte Skandale – nach allen Disko-kriegsgeschichten ging dem frischgebackenen Großstädter das Herz auf und mit einem triumphalen Lächeln Richtung Berlin drehte er sich um, der Leipziger, und rieb sich die Großstadthände. Vor kurzem konnte man sich auch endlich vom Provinztheater befreien – Skandal, Skandal – das eben noch ehrwürdige *Schauspielhaus* gibt's nicht mehr, die Diktatur des Wolf-

gang Engel ist nach 13 Jahren vorbei. Die Flaute in den Besucherzahlen war Anlass für den Kurswechsel. Die übliche Erklärung eben. Nun ist da ein Neuer am Theaterruder und schwingt Fahnen der Moderne über unsere Köpfe. Alles sollte anders werden, neu und neuer! Sebastian Hartmann, der „Ost-Brutalo“, wie man ihn liebevoll in der feuilletonistischen Opiumhöhle nennt, hat die alten Köpfe abgesägt und die Hinterteile obendrein. Die, so sagt er in einem Interview mit

dem *Kreuzer*, seien nämlich zu fett geworden, wie die meisten Hinterteile auf deutschen Intendantenstühlen nach Jahren unbescholtener Nicht-falsch-Macherei. Mit diesen Worten bricht er das wochenlange Schweigen, welches nach seiner Ernennung zum neuen Intendanten geherrscht hatte, sozusagen als Anheizer-Intro, und damit ließ er auch gleich die Bombe platzen. [...]

Fortsetzung auf Seite 11 ...

Keine Atempause, Geschichte wird gemacht...

Treffen sich zwei griechische Anarchos. Meint der eine: „Du, wollen wir unsere Mollies lieber am Anfang der Demo oder am Ende werfen?“ Darauf der andere: „Ach, hör bloß auf mit deinem Theoriescheiß!“ Das kam in letzter Minute: Kurz vor dem Ende des Jubiläumsjahres versuchte die griechische radikale Linke noch, ein Remake des Mai '68 auf die Bühne zu bringen. Ganz hat es nicht geklappt, Geschichte wiederholt sich bekanntlich nicht. Ein wenig dankbar kann mensch den griechischen Anarchist_innen dennoch sein. Immerhin widerlegen sie (im Verbund mit der allgegenwärtigen Finanzkrise) sehr schlagfertig die These vom „Ende der Geschichte“. Ganz so krisensicher ist der Kapitalismus anscheinend doch nicht. Aber eine Straßenschlacht macht noch keine Revolution, auch wenn die Polizei dabei ausnahmsweise mal den Kürzeren zieht und das Kampfgetöse dabei so laut wird, dass es auch von der „bürgerlichen“ Presse im Ausland nicht ignoriert werden kann. Interessanter als die spektakulären Bilder von brennenden Autos und marodierenden „Chaoten“ ist allemal, was am Rande geschah und geschieht, bei den Besetzung von Universitäten,

Rathäusern und Gewerkschaftszentralen. Solche Ansätze einer weitergehenden Selbstorganisation werden von der Mainstream-Presse lieber ignoriert. Nicht nur, weil es eben nicht spektakulär genug aussieht, wenn Leute gemeinsam diskutieren, wie sie künftig leben wollen, sondern auch, weil gerade das die Leser_innen auf gefährliche Ideen bringen könnte: Das Infragestellen der geltenden Eigentumsordnung ist für unsere Gesellschaft allemal bedrohlicher als ein Angriff auf die Polizei. Leider scheinen die griechischen Radikalen das gern mal zu vergessen. Das ist auch der große Unterschied zum französischen Mai '68. Im Gegensatz zu damals werden eben noch keine Fabriken besetzt. Die Ereignisse in Griechenland mögen also einen ganz netten Aufstand darstellen, ein Auftakt zur demnächst folgenden Weltrevolution sind sie mit großer Wahrscheinlichkeit nicht. Aber immerhin rufen sie eine wichtige Tatsache in Erinnerung: Dass Geschichte noch immer das Ergebnis menschlichen Handelns ist – und dass es nicht immer nur die „großen Persönlichkeiten“ sind, die Geschichte machen.

Manch eineR hat vielleicht schon auf das Erscheinen des neuen *Feierabend!* gewartet. Doch leider konnten wir aufgrund der üblichen Jahreswechselfurbulenzen unseren Drucktermin im Januar nicht halten und mussten die Veröffentlichung um einen Monat verschieben. Trotz dieser Termenschwierigkeiten und dem daraus folgenden mißglückten Start ins neue Jahr braucht sich aber keineR Sorgen machen. Auch 2009 werden wir Euch mit interessanten Informationen, spannenden Themen und Geschichten, lohnenswerten Terminen und vielem mehr versorgen. Außerdem wird der *Feierabend!* auch endlich wieder online gehen. Die Frage ist nur: wann genau. Naja, das Warten lohnt. Lange warten musstet ihr auch auf die Weiterführung der Pro&Contra-Rubrik, die wir nun entlang den Fragen von Kommunen/Kommunalisierung fortsetzen. Ansonsten findet Ihr im aktuell vorliegenden Heft thematisch wieder eine bunte Zusammenstellung. So z.B. Hintergründe zum neu formierten Stadttheater, eine Nachbetrachtung der Off-Produktion "Der Subjektive Faktor", Informationen zu den großen Sicherheitskonferenzen dieses Jahr, zum neuen BKA-Gesetz, ein weiteres Wächterhausporträt, einen Reisebericht aus Istanbul, einen Vorabdruck des neuen Buches der Leipziger Kamera und letztlich viele kleine Anekdoten, Hinweise und Tipps aus und rund um das politische Alltagsleben Leipzigs. Falls Ihr mal Lust am Schreiben verspüren solltet oder bei der Redaktionsarbeit mitwirken möchtet, schreibt einfach an unsere E-Mail-Adresse!

Als neue Verkaufsstelle begrüßen wir die vor kurzem neu eröffnete VLEISCHEREI in Plagwitz, wo mensch neben leckerem veganen Fastfood nun auch den *Feierabend!* kaufen&lesen kann.

In diesem Sinne, rann an die Buletten ... äh Bürger. Viel Spasz beim Lesen.

Eure *Feierabend!*-Redax

Streit um „Paulinum“ Leipziger Kulturkampf befriedet

Der „Leipziger Kulturkampf“ (FA! #31) wurde befriedet...ganz ohne göttlichen Donnerschlag, der die Ungläubigen zerschmettert, die es wagen den Universitätsneubau als weltliches Gebäude zu verstehen. Stattdessen griff die weltliche Justiz in Gestalt der Generalbundesanwältin Monika Harms schlichtend ein. Zwischen Freistaat, Uni, Kirche und Stadt wurde Mitte Dezember 2008 ein Kompromiss oder besser ein Konsens über den Dissens proklamiert und der lächerliche Streit offiziell beendet. Der pompöse Bau erhält demnach den klangvollen Namen „Paulinum. Aula - Universitätskirche St. Pauli“, die Universität sicherte die Nutzung für Gottesdienste an Sonn- und Feiertagen zu und die umstrittene Glaswand wird, den Kirchenbefürwortern zum Trotz, gebaut. Wo genau die Kunstschatze aus der 1968 gesprengten Universitätskirche Platz finden, ist noch offen.

An den rückwärtsgewandten Ansichten der Kirchenbefürworter hat sich nichts geändert. Sie interpretieren den Kompromiss nach eigenem Gutdünken. Faktisch ist der Bau weltlich, doch er sehe aus wie eine Kirche, also wird die christliche Gemeinde ihn auch Kirche nennen (*). Das „Universitätskirche St. Pauli“ nur im Untertitel steht, ignorieren sie beflissentlich. Der Bau der Glaswand wird trotz der Schlichtungsergebnisse nicht akzeptiert. Der Dissens liegt ohnehin mehr im ideologischen Bereich. Das Weltliche versuche den angestammten kirchlichen Boden zu übernehmen. Die Glaswand sei ein „ideologischer Schutz-

wall“ (Pfarrer Christian Wolff, *Die Zeit* #42) und das „Paulinum“, würde nach Meinung der Kirchenbefürworter nur ohne sie die „ästhetischen, denkmalsgerechten und akustischen Gesichtspunkte“ erfüllen, die nötig wären, um angemessen an die Sprengung von 1968 zu erinnern. Der Bau „würde dann auch außerhalb von Leipzig als etwas ganz Besonderes wahrgenommen.“ (*). Bescheidenheit ist wohl keine christliche Tugend mehr, sondern bleibt als notwendige Eigenschaft den ALGII-Beziehern überlassen.

Auch der „Paulinerverein“, der zu den frühesten Befürwortern des originalgetreuen Wiederaufbaus gehörte, wirft der Universität weiterhin vor, die geplante Dreifachnutzung – akademisch, musikalisch, kirchlich – zu deren Realisierung die Glaswand gedacht ist, bestätige ihr Einverständnis mit der Vernichtung von 1968 und setze so „die damals herrschende Ideologie“ fort (**). Die Universität Leipzig also ein sozialistisches Regime? Das dürfte wohl alle Studierenden verwundern, die sich immer mehr der Verwertungslogik des Marktes und immer weiter eingeschränkten Mitbestimmungsrechten gegenübersehen.

... Also alles wie immer, aber schön, dass wir mal drüber geredet haben. (wanst)

* Friedensgebet Nikolaikirche, 12. 01. 2009
** Erklärung des Paulinervereins, 08. 01. 2009


termine

- 27.02.2009 - SOLI - Ladenschlußbündnis**
Paaaaaaaaaaaaarty!
Zoro, Bornaische 54, Leipzig **ab 22 Uhr**
- 20.03.2009- „Egoismus“**
1Euro-Job-Theaterprojekt PREMIERE **ab 20 Uhr**
Spinnwerk, Halle 18, Spinnereistr. 7, Leipzig
(weitere Aufführungen: 21./30./31.03. gleiche Zeit, gleicher Ort)

Neuer Wagenplatz in Plagwitz

Seit Ende 2008 gibt es in Plagwitz auf dem Gelände neben der Damenhandschuhfabrik in der Klingenstrasse ein neues politisches Wohnprojekt, den Wagenplatz Karlhelga. Auf dem 1,4ha großen Platz leben unterschiedlichste Menschen jenseits gemauerter Mietnormalität. Da noch Raum für neue Mitbewohnende vorhanden ist und gemeinsam alles bezahlbarer wird, freuen wir uns über Zuzüge.

Kontakt:
karlhelga@nirgendwo.info



chronik.LE Dokumentation faschistischer, rassistischer und diskriminierender Ereignisse in und um Leipzig

Seit Ende 2008 berichtet die Internet-Dokumentationsplattform *chronik.LE* über rassistische, faschistische und diskriminierende Vorfälle und Ereignisse in Leipzig und Umgebung. Bisher gab es eine chronologische Auflistung von Naziaktivitäten nur in sehr kurzer Form im *Gamma Antifa-Newsflyer*, eine Chronologie im Internet bisher noch gar nicht. Dank der Zusammenarbeit des *Ladenschluss-Aktionsbündnisses* und des Vereins *Engagierte Wissenschaften e.V* konnte nun eine umfangreiche und sehr ausführliche Chronik geschaffen werden.

Dokumentiert werden Propagandaaktionen, Aufmärsche, Übergriffe und Gewalttaten von Nazis. Gegenstand der Dokumentation sind aber auch Alltagsrassismus und Rassismus in den Medien, sexistische und antisemitische Vorfälle sowie Feindlichkeiten gegen Homosexuelle, Behinderte und Obdachlose. Die Ereignisse werden mit einer kurzen Beschreibung sowie Datums- und Ortsangabe veröffentlicht und mit inhaltlich passenden Schlagworten versehen. Der große Vorteil ist die sich daraus ergebende Recherchemöglichkeit. So können die Ereignisse

nicht nur nach Datum, sondern auch nach Ort und Thema sortiert werden.

Neben der reinen Dokumentation gibt es auch die Möglichkeit für längere Überblicksartikel. Informationsbasis für diese soll nach Möglichkeit die Chronologie selbst sein, aber auch die unterschiedlichen Arbeitsbereiche der Projektteiligen. Mögliche Themen solcher Dossiers wären zum Beispiel „Das NPD-Zentrum in Lindenau“ oder „Wohn- und Lebensbedingungen in Leipziger AsylbewerberInnenheimen“.

Das Besondere an *chronik.LE* ist der Netzwerkcharakter. Viele verschiedene Organisationen, Initiativen und Gruppen beteiligen sich am Projekt. Durch ihre unterschiedlichen inhaltlichen und lokalen Schwerpunkte werden sehr viele diskriminierende Ereignisse in Erfahrung gebracht und zum ersten Mal zentral gesammelt. Wer die Seite besucht wird über die bereits jetzt sehr umfassende Sammlung erstaunt, bzw. erschüttert sein.

Ziel von *chronik.LE* ist es jedoch nicht nur ein Archiv zu sein. Die Plattform soll vor allem die Arbeit von Initiativen und Organisationen gegen Diskriminierung unter-

stützen sowie wichtige AkteurInnen, wie z.B. JournalistInnen und KommunalpolitikerInnen, informieren und sensibilisieren. Um dies zu gewährleisten hat die Qualität und Verlässlichkeit der Informationen oberste Priorität, weniger deren Aktualität. Die Angabe von Quellen und die Verifikation der Informationen durch die beteiligten Gruppen sollen deren Zuverlässigkeit gewährleisten. Das Projekt will sich so auch deutlich Abheben von Informationsquellen wie z.B. *Indymedia*.

Trotzdem kann selbstverständlich jeder und jede Informationen über diskriminierende Vorfälle dem Projekt melden. Das ist möglich über die Emailadresse chronikLE@engagiertewissenschaft.de, oder über das Kontaktformular auf der Website. *chronik.LE* wird sich bemühen die Informationen zu bestätigen und dann ggf. zeitnah zu veröffentlichen. Willkommen sind auch Artikel für die Dossier-Rubrik, wir bitten jedoch um vorherige Absprache.

So, und nun kann die Recherche beginnen unter: www.chronikLE.org

(chronik.LE)

06/03/2009 +++ Antirepressions-Soli +++ Gießler 16/Leipzig

Eine Person hat im Juli und September 2007 an zwei Naziaufmärschen in Krefeld und in Dortmund teilgenommen. Zu Krefeld wurde ihm/ihr „versuchte Gefangenenbefreiung“ vorgeworfen, als er/sie versuchte jemanden zu halten, der/die durch die Polizei aus einer Gruppe AntifaschistInnen raus gezogen wurde. In Dortmund soll er/sie im Zuge einer Auseinandersetzung mit Nazis „Landfriedensbruch“ begangen haben. Das Urteil wurde im Juni 2008 mit einer Gesamtstrafe von 1200 • zusammengefasst. Die Person muss nun inklusive Zeugenentschädigung, Gerichts- und Anwaltskosten 2000 • zahlen.



BxCxM (le)(downtempo/hc)
Kommando Zurueck (ms)(elektro/trash)
Thema Eleven (cz)(hc/surf)
myspace.com/antirepression



Feierabend! ist ein unkommerzielles Zeitungsprojekt mit dem Ziel der Verbreitung libertärer, antiautoritärer & emanzipatorischer Ideen, der Darstellung von Sachverhalten, die in der kommerziellen Presse oft unzureichend, verzerrt oder gar nicht erwähnt werden, sowie der Beleuchtung von Themen, die uns interessant und wichtig erscheinen. Der Verkaufspreis von derzeit einem Euro dient einzig dem Begleichen der Kosten zur Erstellung des Heftes. Alle inhaltlich an der Erstellung des Heftes Beteiligten arbeiten als ÜberzeugungstätterInnen ohne Bezahlung.

Eigentumsvorbehalt: Nach dem Eigentumsvorbehalt ist *Feierabend!* solange Eigentum des Absenders bis er der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt wird. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehaltes. Wird *Feierabend!* der/m Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist er dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird *Feierabend!* der/m Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Neues von der „Gewaltspirale“

Wer die *Leipziger Volkszeitung* aufmerksam liest, wird womöglich schon bemerkt haben, dass mensch es dort mit den Fakten nicht so genau nimmt, wenn es um die Leipziger radikale Linke geht. Das Klischee vom sinnlos Steine schmeißenden Connewitzer „Chaoten“ scheint sich dort schon so verfestigt zu haben, dass man genauere Recherchen gar nicht mehr für nötig hält. Diese Vermutung wird durch die Berichterstattung über die Proteste gegen das Mitte-November 2008 in Lindenau eröffnete NPD-„Bürgerbüro“ (siehe FA! #31) wieder einmal bestätigt. Insbesondere ein am 5.12.2008 erschener Artikel (1) liefert ein Beispiel davon, was man bei der LVZ so unter Journalismus versteht. Schon in der Überschrift wird da von einem „Angriff auf NPD-Büro in Lindenau“ gesprochen. „Rund 40 verummte Personen“ hätten das Gebäude mit Steinen und Feuerwerkskörpern attackiert. Anwohner hätten „die Übergriffe beobachtet und gegen 22.30 Uhr die Beamten alarmiert.“

Wenn die braven Bürger_innen sich die Mühe gemacht hätten, einmal aus dem Fenster zu schauen, ehe sie die Polizei alarmierten, hätten sie freilich bemerkt, dass die dort versammelten Antifaschist_innen keine Anstalten machten, das NPD-Büro anzugreifen, sondern nur gekommen waren, um den Neonazis ein Ständchen zu bringen. Über Lieder wie „Deutschland muss sterben“ von *Slime* freuten diese sich allerdings nicht so sehr – sie reagierten, indem sie mehrere Böller über den Zaun auf die Straße warfen.

Entgegen der Behauptung des Artikels, nur der mannshohe „Metallzaun vor dem Gebäude und das schnelle Eingreifen der Polizei“ hätten Schäden verhindert, bekleckerten sich auch die anrückenden Herren in Grün nicht gerade mit Ruhm. So wurden die Teilnehmer_innen an der Aktion vorsorglich eingekesselt, und statt erst einmal zu überprüfen, ob überhaupt irgendeine Straftat vorlag, gingen die fleißigen Beamten gleich daran, alle Anwesenden erkennungsdienstlich zu behan-

deln. An einer anschließenden genaueren Untersuchung des Sachverhalts dürfte dann auch kein Interesse mehr bestanden haben – das Ergebnis wäre wohl doch zu peinlich für die Polizei gewesen.

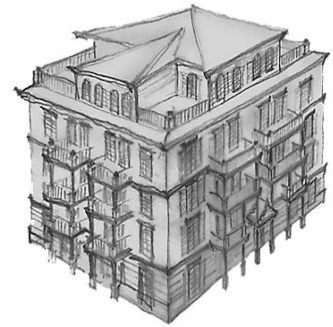
Während sich die LVZ darauf beschränkt, den Polizeibericht abzutippen, nutzte ein Autor der Leipziger Internetzeitung *lizzy-online* die Gelegenheit, um seine Phantasie mal wieder frei spielen zu lassen (2). Die dem Kommentar beigefügte Illustration (ein ungenlenk gezeichnetes Hitler-Bildchen, das mit dem Bild eines schwarz gekleideten Autonomen zusammensmontiert ist), lässt die Stoßrichtung bereits erkennen: Antifa = Nazis, alles böse Extremisten, die mit sinnloser Gewalt unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung kaputt machen. Unbeeinträchtigt von jeglicher Sachkenntnis fabuliert der Autor eine „Gewaltspirale“ herbei, an deren Ende keiner mehr weiß, „wer wann und wie angefangen hat.“

Dreht man die Dummheitsspirale noch ein wenig weiter, könnte man das so übersetzen: Wenn eine Gruppe von ca. 40 Neonazis ein Wohnhaus in Reudnitz angreift (wie es Ende November 2007 geschah, siehe FA! #29), dann nur, weil sie zuvor von den dort wohnenden Student_innen bedroht und angegriffen wurden. Und auch die etwa 70 rechten Hooligans, die mit Baseballschlägern und Messern bewaffnet eine Weihnachtsfeier der linken Ultra-gruppe *Diablos* stürmten (siehe FA! #28), taten dies wahrscheinlich nur, weil sie sich anders nicht mehr zu helfen wussten. Tucholskys ironischem Motto „Küsst die Faschisten, wo ihr sie trifft“ folgend, müsste man dann nur ordentlich nett zu den verängstigten Jungmännern sein, damit sie wieder zur Vernunft kommen. Eine interessante Theorie, die nur den Fehler hat, dass sie offensichtlich absurd ist.

(justus)

(1) <http://www.lvz-online.de/aktuell/content/81253.html>

(2) zu finden unter <http://www.l-iz.de/Leben/P%C3%A44%20und%20Unf%C3%A411e/2008/12/Kommentar.-Wo-die-Dummheit-fle-200812051428.html>



Luxus und Sicherheit

Leipzig entwickelt sich immer mehr zur Metropole. Auch in städtebaulicher Hinsicht, denn jetzt bekommt unsere Stadt endlich ihre erste „Gated Area“. Die Central Park Residence am Clara-Zetkin-Park soll aus drei „luxuriösen Stadtvillen mit Penthouse, Dachgärten und Jacuzzi“ (so die Werbung der Immobilienfirma) bestehen. Die Eigentumswohnungen (je neun pro Haus) sollen dabei mit allerlei technischen Feinessen, unter anderem auch „modernster Kommunikationselektronik durch Glasfaserkabel“ ausgestattet werden. Die soll es z.B. ermöglichen, vom Urlaubsort aus per Handy noch mal nachzuprüfen, ob mensch nicht doch vergessen hat, das Licht oder den Herd auszuschalten. Die Grundsteinlegung ist für Ende Februar geplant.

Das ganze 5000qm große Areal wird komplett eingezäunt sein. Beim Concierge können nicht nur „rund um die Uhr“ Serviceleistungen geordert werden, sondern dieser wird auch dafür Sorge tragen, dass niemand ohne Erlaubnis das Gelände betritt. Ein unter anderem auch (unauffällig direkt in den Zaun integrierte) Minikameras umfassendes Sicherheitssystem soll zusätzlich zum „Rundumschutz“ für die künftigen Bewohner_innen beitragen. Fragt sich nur, warum diese meinen, solchen Schutz nötig zu haben und sich in dieser Weise von der Außenwelt abschotten zu müssen.

(justus)



des HausHalten e.V.

Wächterhäuser

- Der Verein (siehe FAI#29)
Hintergründe & Interview
- **Lützner Straße 30**
Wächterhaus-Portrait
- Lützner Straße 39 (Vereinshaus)
- Lützner Straße 55 (seit 2007)
- Demmeringstraße 21 (seit 2006)
- Engertstraße 23 (seit 2006/07)
- Merseburger Str. 17 (siehe FAI#31)
Wächterhaus-Portrait
- Zschochersche Str. 61 (seit 2006)
- Zschochersche 23 (siehe FAI#30)
Wächterhaus-Portrait
- Ludwigstraße 99 (seit 2007)
- Eisenbahnstraße 109 (seit 2007)
- Kuhturmstraße 4 (entlassen)

Das Gründerzeithaus in der Lützner Straße 30 ist gleich in mehrfacher Hinsicht interessant: Einerseits, weil es das erste Projekt war, dem sich der Verein *HausHalten* widmete. Es ist andererseits aber auch das erste Wächterhaus, das der Verein wieder aufgeben muss, mit der Konsequenz, dass die bisherigen NutzerInnen ihre Räumlichkeiten verlassen müssen. Desweiteren konnten die „Wächter“ zu keinem Zeitpunkt die komplette Fläche nutzen, sondern teilten sie mit Anderen, die nie dem Projekt angehört haben.

Aber mal von Anfang an: Der *HausHalten e.V.*, im Oktober 2004 erst gegründet, suchte in Lindenau ein verfallenes Gebäude, das durch Inanspruchnahme von Fördermitteln und durch Eigenleistungen aufgewertet und nach dem Modell des Vereins (siehe FAI #29) nutzbar zu machen wäre. Schnell war ein Eigentümer gefunden, der sich über die kostenfreie Aufwertung seiner Immobilie freute. Allerdings stand das Haus an der stark befahrenen Bundesstraße nicht komplett leer: ein Pärchen bewohnte und bewohnt noch die erste Etage. Diesen ist es zu verdanken, dass zum Beispiel noch alle Öfen im Haus vorhanden sind und das Haus nicht als wilde Müllkippe zweckentfremdet wurde. Es mag dies einer der Gründe sein, warum der Eigentümer, ein Westdeutscher, welcher Mitte der 90er Jahre dieses Haus erworben hatte, keine Einwände gegen eine Wohnnutzung erhob. Schließlich flossen einige tausend Euro

Fünf Jahre um - und nun?

Sicherungsgelder des *Amtes für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung* in die Immobilie, der Hausschwamm wurde vernichtet, die bröckelnde Fassade gesichert sowie das Dach abgedichtet.

Im Januar 2005 begannen die künftigen NutzerInnen mit der Instandsetzung und schon drei Monate später, als es Strom und ein Außenklo, aber noch kein fließend Wasser auf allen Etagen gab, zogen sie ein. Sie wurden von der Tatsache überzeugt, dass sie hier Freiräume geboten bekamen, um Neues auszuprobieren und das zu einem fairen Preis, denn die gegenwärtigen neun „Wächter“ bezahlen außer den Nebenkosten gemeinsam 180 Euro Förderbeitrag pro Monat an den Verein, also 20 Euro pro Kopf. Die NutzerInnen verteilen sich auf zwei WGs mit je drei BewohnerInnen und drei Personen, die im Erdgeschoss eine Holzwerkstatt betreiben. Die WGs werden seit zwei Jahren ausschließlich von StudentInnen der *Hochschule für Grafik und Buchkunst* betrieben, nachdem es zuvor häufiger Streß unter den NutzerInnen gab. „Anfangs wohnte im zweiten Stock ein sehr engagiertes Pärchen, das offen war für alles und jeden, was aber zu sehr häufigen Mieterwechseln geführt hat, weil viele von denen nicht bereit waren, Verantwortung für den Zustand des Hauses zu übernehmen“ erzählt eine Bewohnerin. Ein weiterer Streitpunkt war auch das Konzept für die Nutzung des Ladens im Erdgeschoß. Der trug anfangs keinen Namen, wurde später *Kulturplattform Purpur* getauft und heißt seit zwei Jahren *Projekt- und Hörgalerie AundV*.

Betrieben wird der Laden von allen neun NutzerInnen gemeinsam. Auf den monatlichen Plena werden die Entscheidungen generell im Konsens gefällt, was wohl u.a. auf die Nichtexistenz eines stichhaltigen Konzeptes zurückzuführen ist. Außer reinen Party/Disco-Veranstaltungen ist prinzipiell vieles möglich und auch schon verwirklicht worden. Eine Einschränkung ist jedoch dadurch gegeben, dass die gesamte Front des Ladens fast nur aus großflächigen Schaufenstern besteht und dadurch der Lärmpegel niedrig gehalten werden muss. In der Regel gibt es eine Veran-

staltung pro Monat, der Raum kann also auch von anderen Gruppen oder Einzelpersonen genutzt werden, wie zum Beispiel vom Projekt *HOT SPOTS::DER STADTENTWICKLUNG* des *Institutes für Stadtentwicklung und Bauwirtschaft* der *Universität Leipzig*, das dort regelmäßig jeden Monat im Semester eine Veranstaltung abhält. Wer Interesse hat, den Raum für eine Ausstellung, Performance, Installation, Theater, Filmvorführung oder ähnliches zu nutzen, kann sich jederzeit gerne unter kontakt@aundv.org melden.

Wie bereits angesprochen, wird das jedoch nur noch in diesem Jahr möglich sein, denn der Eigentümer ist äußerst unkooperativ und war zu keinem Zeitpunkt bereit, mit den NutzerInnen des Wächterhauses direkten Kontakt zu halten. Anders als bei dem Haus in der Kuhturmstraße 4, aus dem sich der *HausHalten e.V.* bereits 2007 zurückziehen konnte, weil die NutzerInnen ihre Mietverträge direkt mit der Eigentümerin abgeschlossen hatten, ist in dem nur 100 Meter entfernten Gebäude in der Lützner Straße, welches das *AundV* beherbergt, ein Ende der Nutzung absehbar. Wenn im Januar 2010 der Vertrag ausläuft, möchte der Eigentümer das komplette Objekt verkaufen. Ob dies gelingt, ist allerdings zweifelhaft: zwar gibt es heute viel mehr Projekträume und StudentInnen in Lindenau als noch vor vier Jahren, dennoch ist die Mietaufwertung nicht besonders vorangeschritten, weil es in Leipzig generell an Kapital fehlt, oder genauer an gutsituierten EinwohnerInnen, die in der Lage wären, höhere Mieten zu zahlen bzw. in Gewerbe zu investieren. Somit liegt eine „echte“ Aufwertung des Kiezes noch in weiter Ferne. In diesem Sinne betrachten die Leute vom Wächterhaus in der Lützner 30 ihr Projekt eher als temporäre „Aufhübschung“ des Viertels zur Sicherung der Bausubstanz vor weiterem Verfall und sehen sich nicht als ProtagonistInnen einer sozialen und nachhaltigen Stadtentwicklung.

(bonz)

Umstrittenes Besetzer-Haus abgebrannt

... titelte der *MDR* am 5. Februar in seiner Internetpräsenz über das Erfurter Problemkind und fügte hinzu: „Das Haupthaus der Besetzer brannte nicht, war aber stark verrauch.“ Tja, zu früh gefreut, liebes *MDR*-Auditorium! Niemand kam zu Schaden und es scheint sich auch nicht um Brandstiftung zu handeln. Alles „halb so wild“ also, das „B-Haus“ steht nach wie vor und bereitet sich weiter auf die (militante) Verteidigung vor. Doch der Reihe nach, seit unserem letzten Bericht über das ehemalige *Topf&Söhne*-Gelände hat sich viel getan. Nach der bundesweit mobilisierten Demonstration mit etwa 1400 Teilnehmer_innen am 24. November war es über Weihnachten in's neue Jahr hinein erst einmal ruhiger geworden um den weit beachteten Widerstand gegen die drohende Räumung des Geländes. Bis die *Domicil Hausbau GmbH* den Besetzer_innen am 8. Januar einen Brief zukommen liess, in dem sie aufforderten, den besetzten Teil des Geländes bis zum 21. Januar 2009 zu räumen. Diese ließen den Termin freilich verstreichen, wurden aber nicht geräumt und sehen sich nun einem erneuten Ultimatum gegenüber: Die nächste Räumfrist läuft am 15. Februar ab. Eine weitere große Demonstration am 24. Januar mit ca. 1100 Teilnehmer_innen sollte der Höhepunkt einer Aktionswoche sein, die mit einer spontanen „Jubeldemo“ begann und sich über mehrere Tage fortsetzte. „Sollte“ deshalb, weil eine Aktion besonders herausstach und deutschlandweit mediales Interesse auf sich zog, so dass diesmal nicht nur der *MDR* und *Indymedia* berichteten, sondern sich praktisch jede große Tages- und Wochenzeitung und sensationslustige Fernsehsendung sich des Themas annahm:

Bernd das Brot entführt!

Das sympathisch-depressive Kastenbrot des *Ki.Ka* war plötzlich verschwunden. Bis zum 21. Januar warb es in Form einer 2 Meter grossen Kunststoff-Figur in der Erfurter Altstadt für den *ARD/ZDF*-Kinderkanal, der dort seinen Sitz hat. Nachdem kurz darauf im Internet ein Video auftauchte, in dem Bernd erklärt

er sei vom Alkohol- und Gammelverbot der Stadt Erfurt von seinem Platz vertrieben worden, schien der Fall klar: Bernd suchte Schutz im besetzten Haus und solidarisierte sich mit den Bewohner_innen. Anders sah das natürlich der Bürgermeister und die Stadt, welche Anzeige gegen unbekannt erstattete, und auch ein Bekennerschreiben des sog. „129 A-Team“ liess letztlich keine Zweifel offen - Bernd wurde tatsächlich entführt und wurde zu gegebener Zeit freigelassen. Mensch mag nun über derartige Instrumentalisierungen von populären Broten denken was mensch will, die so gewonnene Aufmerksamkeit für das von der Räumung bedrohte Haus lässt sich kaum bestreiten. Der Programmgeschäftsführer des Senders, Steffen Kottkamp, hingegen meinte zur Sachlage: „Es ist eine Illusion zu glauben, dass sich Bernd vereinnahmen lässt. Er ist ein schlecht gelauntes Kastenbrot, das auf seinen Platz zurück will, um in Ruhe gelassen zu werden.“ Mittlerweile ist Bernd wieder da, aufgefunden in einem Keller auf einem ehemaligen Kasernengelände bei Nohra im Weimarer Land, wo er wohl

die meiste Zeit seiner elftägigen Tortur zu bringen musste. Es geht ihm (den Umständen entsprechend) gut und er wurde unter zahlreichen Kameras und den glücklichen Gesichtern Erfurter Kinder und Erwachsenen wieder an seinem Platz verschraubt, verschweisst und mit „Sicherheitstechnik der Polizei“ ausgestattet. Doch noch einmal zurück zum besetzten Haus: Die Lage ist weiterhin prekär, das einzige von der Stadt als Ersatz angebotene Objekt sei zu klein, nicht alle Bewohner_innen – geschweige denn Projekte – würden darin (Wohn)Raum finden. Ausserdem läge es sehr weit ausserhalb und hat Nachbarn, mit denen schnell Konflikte wegen Ruhestörung u.ä. zu erwarten seien. Letztlich bleibt den Besetzer_innen zu wünschen, dass sie ihre Bleibe auf dem *Topf&Söhne*-Gelände halten können. Dennoch sei ihnen auch ein wenig Kompromissbereitschaft an's Herz gelegt. Auf dass sie sich im Fall der Fälle nicht prinzipiell gegen eine Vereinsgründung wehren, welche von der Stadt als Bedingung für ein Ersatzobjekt gefordert wird.

(kuki cha)

Vorschläge für das geplante „Freiheits-

Hurra, hurra, endlich ist die Kohle da! Nach langem Hin und Her hat sich der deutsche Bundestag doch noch dazu durchgerungen. Auch Leipzig soll neben Berlin ein „angemessenes und sichtbares“ Denkmal erhalten, um an die friedliche Wende von 1989 zu erinnern. Ganze 15 Millionen Euro sollen dafür aus der Steuerkasse springen. Klar, dass bei soviel Geld noch 4-5 Jahre ins Land gehen werden, ehe die Millionen rechtmässig verschoben sind. Genug Zeit jedenfalls, um tolle Gestaltungsvorschläge zu sammeln. Wie den von Michael Arnold, seinerzeit ein Mitbegründer des *Neuen Forum*. Ihm schwebt ein ‚walk of fame‘ nach dem Muster Los Angeles' vor. Alle damals an den Demonstrationen Beteiligten sollen ihre Namen auf den Leipziger Ring schreiben. Super Idee und der Einfachheit halber wäre es noch besser, eine komplette Namen- und Adressenliste beim Verfassungsschutz

Sachsen zu hinterlegen. Nur für den Fall, dass Vandalen versuchen sollten, einige Namen auszutauschen oder dergleichen, versteht sich. Andererseits ist das doch zu kompliziert und ineffektiv gedacht. Wie wäre es stattdessen, wenn man den Leipziger Citytunnel einfach zum Denkmal umetikettieren würde. Ein dunkler Tunnel durch den Untergrund als Symbol für die Freiheitsbedürfnisse des Einzelnen und die Stationen sozusagen als Lichtpunkte, an denen das nationale Einheitsbewusstsein zum Himmel schnellte. Aus dem Steuersäckel des Bundes könnte man so den Schuldenberg für das grössenwahnsinnige Bauprojekt zumindest etwas verringern und für ein paar tausend Euronen würde man noch einige Gedenktafeln anbringen. Pragmatisch, ökonomisch, überzeugend – aber vielleicht doch etwas zu bürgerfern. Andere Idee: An die Stelle der weggesprengten Asbest-Hochhäuser am

Weimarer Zustände

Das sich innerhalb der Linken gerne mal gestritten wird, ist allgemein bekannt – was seit einigen Monaten in Weimar abläuft, sprengt dennoch den Rahmen des Üblichen. Ort des Geschehens ist das *Soziokulturelle Zentrum Gerberstraße* bzw. die beiden Hausprojekte in der Gerberstraße 1 und 3, die von einem gemeinsamen Verein getragen werden. Auf einem Vereinsplenum Ende Oktober 2008 wurde zum ersten Mal über eine Reihe von sexuellen Übergriffen diskutiert, die in den Räumen der Gerberstraße stattgefunden hatten. Die Betroffenen, die aufgrund der Vorfälle die Gerberstraße nicht mehr besuchen wollten, hatten sich an Vertrauenspersonen gewandt, es bildete sich eine Unterstützer_innengruppe. Dem Täter, der selbst in der Gerberstraße 3 wohnt, wurde in einem Gespräch nahegelegt, sein Verhalten zu reflektieren und ohne großes Aufsehen aus dem Haus auszugehen. Dieser wandte sich daraufhin seinerseits an Vertrauenspersonen, die die Vorwürfe öffentlich machten und zum Vereinsplenum mobilisierten.

Die Unterstützer_innengruppe reagierte mit einer Erklärung, in der sie sich auf das Prinzip der Definitionsmacht berief, wonach die Entscheidung darüber, was sie als Überschreitung ihrer persönlichen Grenzen empfinden, einzig bei den Betroffenen selber liege. Zudem wurde erklärt, dass die Betroffenen anonym bleiben wollten und nicht wünschten, dass Details der Übergriffe öffentlich gemacht würden. Ein Großteil der auf dem Plenum Anwesenden sprach der U-Gruppe daraufhin die Glaubwürdigkeit ab und forderte Details, damit man „objektiv“ entscheiden könne, ob eine sexuelle Belästigung vorliege oder nicht.

Auch die folgenden Plenas brachten keine Klärung des Konflikts, im Gegenteil verschärfte sich dieser zusehends. Es bildeten sich zwei Lager heraus, von denen das eine hauptsächlich aus jüngeren, im Umfeld der Gerberstraße 1 politisch aktiven Leuten besteht, das andere eher der Gerberstraße 3 zuzuordnen ist. Wiederholt kam es zu Handgreiflichkeiten gegen Mitglieder der U-Gruppe und Leute, die

sich mit dieser solidarisierten. Auch auf den Plenas konnte die U-Gruppe sich mit ihren Forderungen nicht durchsetzen – ihre Argumente wurden teilweise einfach „niedergebrüllt“, ihnen wurde vorgeworfen, das Projekt „spalten“ zu wollen, hinzu kamen Beschimpfungen und Drohungen.

Letztlich wurden die Strukturen des Trägervereins der beiden Häuser gegen die Unterstützer_innengruppe in Anschlag gebracht. Diese hatten bis dahin als reine Formalien gegolten und dazu gedient, den Häusern gegenüber der Stadt einen legalen Status zu verschaffen, wurden jetzt aber dazu genutzt, um zwei Mitglieder der U-Gruppe zum Auszug aus der Gerberstraße 3 zu zwingen. Diese wurden ihrer „Ämter“ enthoben (sie waren als Sozialarbeiter beim Verein angestellt), einer anderen Person aus der U-Gruppe, die im Vorstand des Vereins aktiv war, wurde nahegelegt, von ihrem Posten zurückzutreten. Diesem Beschluss des Plenums waren offenbar interne Absprachen vorausgegangen – dass unmittelbar darauf die Schlösser der Büroräume der Gerberstraße 3 ausgewechselt und so der Entscheidung in handfester Weise Nachdruck verliehen wurde, stützt diesen Verdacht. Schon einige Zeit vorher war das Passwort des Email-Accounts der Gerber 3 geändert worden – ein Mitglied der U-Gruppe hatte sich zuvor jahrelang um die Verwaltung der Mails gekümmert.

Sexistisches Verhalten nicht als Problem zu erkennen, stattdessen diejenigen auszuschließen und zu bedrohen, die dieses öffentlich thematisieren – solch ein Handeln wirft kein gutes Licht auf die Reflektionsfähigkeit von so manchen vermeintlichen Linken. Die Weimarer Zustände sind ein Symptom dafür, wie verbreitet stumpfes Mackertum auch dort ist, wo mensch es nicht erwarten würde.

justus

und Einheitsdenkmal“ zu Leipzig

Brühl kommt kein Einkaufszentrum sondern ein riesiger Lehmklumpen, und die Stadtbevölkerung könnte in eigenverantwortlicher Detailarbeit selbst ein „angemessenes“ Denkmal modellieren. Klar, man bräuchte etwas Geld für Zäune und Sicherheitspersonal, um etwaige Streitigkeiten zu unterbinden, aber der Rest würde noch reichen für ein weithin „sichtbares“ Lehm-Monument. Ok, die Sache wäre dann ästhetisch ziemlich beliebig, aber der Mitmachereffekt würde sicher den Lokalpatriotismus und überhaupt das Nationalbewusstsein der Bevölkerung stärken, ein „Wahrzeichen“ des Volkes sozusagen. Dritter Vorschlag: Für einen Teil des Geldes erwirbt die Stadt, sagen wir, 50km neusten Stacheldraht, mit dem anderen Teil werden einige altgediente Grenzschützer aus Ost und West reaktiviert. Dann zäunt man mit dem Draht die Stadtteile Schönefeld, Reudnitz und Lindenau ein

und positioniert an den zentralen Ausfallstraßen Schlagbäume nach alten Mustern und die neugemischte Grenzschutzgruppe. Neben spürbaren Sicherheitseffekten würde man so auch die Leipziger Stadtentwicklung als zukunftsorientiert ausweisen und gleichzeitig mit den Checkpoints echte Orte der Begegnung für Touristen und die bildungsfernen Schichten der Bevölkerung schaffen. Orte, an denen die Ängste und Hoffnungen der Vergangenheit mit denen der Zukunft zusammentreffen.

Aber vielleicht ist diese Idee doch ein wenig zu visionär. Hat jemand bessere? Der *Feierabend!* sammelt Eure Vorschläge und übergibt sie im Rahmen der diesjährigen Montagsgespräche in der *Runden Ecke* den Stadtoberen. Schickt Eure Ideen einfach an: feierabendLE@web.de. Unter allen Einsendungen verlosen wir ein Jahres-ABO. Also lasst Euren Gedanken freien Lauf! (clov)

Eine ausführliche Chronik der Ereignisse findet ihr unter <http://queerschnitt.blogspot.de/2008/11/26/der-kalte-putsch-von-weimar/>

Der Subjektive Faktor Kein typisch bürgerliches Theaterstück

Aus dem Off der Leipziger Kulturszene meldete sich Ende letzten Jahres die Theatergruppe TAG und präsentierte mit „Der subjektive Faktor“ ein Stück, das nicht nur die generelle Praxis von Politaktivist/innen, sondern auch die dabei wirkenden subjektiven Faktoren jedes Einzelnen thematisierte. Das dies auch heute noch Menschen bewegt, bewiesen nicht nur die vollen Zuschauerränge, sondern auch die Protagonisten selbst. So ist ihnen die grundsätzliche Thematik oftmals vertraut und dennoch hatten sie jeweils ihre eigenen subjektiven Beweggründe mitzumachen und verbinden auch unterschiedliche Inhalte bzw. Eindrücke mit dem Stück sowie dem Entwicklungsprozess, der auch ihren Alltag kräftig durcheinander wirbelte. Von eben jenen subjektiven Faktoren auf den Brettern, die die Welt bedeuten, erzählen nun die folgenden Seiten.

„Das Theater ist die tätige Reflektion des Menschen über sich selbst“, meinte bereits Novalis im 18. Jahrhundert. Wie reflexiv Theater sein kann, bewies jüngst die selbstorganisierte Theatergruppe TAG mit ihrem Stück „Der subjektive Faktor“. Schauplatz ist dort die Polit-Kommune Drei, in der Udo, Birgit, Andi und Günter gegen Nazis, Bullen und staatliche Repressionen kämpfen. Wie zeitlos diese Themen sind, wird dem Zuschauer schnell bewusst, denn während zu Beginn des Stückes alles auf die '68er deutet, fühlt mensch sich am Ende vor allem in der aktuellen Zeit verortet. Die Spannbreite politischer Subversion ist aufgrund der Verschiedenheit der Subjekte und ihrer Beweggründe breit gefächert und beherbergt auch jede Menge Konfliktpotential: Während Andi Verfechter radikaler Aktionen ist und Freude daran hat bspw. Autoreifen zu zerstechen, findet der verstockte Udo seine Erfüllung in der kritischen Theorie, wodurch er, im Gegensatz zum extrovertierten Günter, nicht im positiven Sinne von der Weltrevolution philosophiert. Brisant wird die Geschichte, als eine Reporterin auftaucht und über die Kommune eine „Homestory“ schreiben will, die lediglich der selbstverliebte Günter als Chance betrachtet, um die eigenen Inhalte nach außen zu tragen. Die Konflikte verschärfen sich, als die spontan geplante politische Aktion gegen den bekannten „Unions-Nazi“ Krüger von Polizei und Staatsschutz mit harten Methoden bekämpft wird

und sich die Kommunebewohner nicht nur fragen, ob die Reporterin da was ver-raten hat, sondern auch anfangen, die jeweiligen Aktivitäten der anderen zu kritisieren. Als dann auch noch der Staatsschutz aufgrund familiärer Beziehungen das Gesetz nach seinem Gutdünken beugt, offenbart sich die Subjektivität als Faktor für die Diskrepanz von Idealen und den dazugehörigen Handlungen endgültig. Doch auch anderweitig stehen die selbstgewählten Lebensentwürfe im Konflikt zu Anderen und eigenen Idealen: Während einerseits durch ein Gespräch zwischen Birgit und ihrer Mutter auf Generationskonflikte verwiesen wird, zeigen sich andererseits auch die Grenzen der postulierten Offenheit der Kommune, als Jochen und Steffi – ein junges Studentepärchen – auftauchen und mitmachen wollen. Das Stück verhandelt also eine ganze Palette verschiedenster Themen, die linkspolitisch aktive Menschen bewegten und bewegen, nimmt sie auf die Schippe und stellt sie stereotypisch dar. Am Ende stellt sich die Frage, ob das Projekt als gescheitert zu betrachten wäre, denn einerseits knicken vor dem Gericht die Aktivist/innen nacheinander ein, andererseits offenbart der abschließende Dialog zwi-

schen Jochen und Steffi neben Desillusionierung auch Standfestigkeit den eigenen Idealen gegenüber. Die Antwort bleibt also – wie auch in anderen Szenen – dem Zuschauer und seiner subjektiven Interpretation überlassen. Frei nach dem Motto: „Alle versprechen Antworten. Wir nicht“, geht es eben nicht um richtige und vorhersagbare Lösungswege, sondern um die Darstellung der subjektiven Faktoren, die in der alltäglichen politischen Praxis wirken und Geschehnisse immer wieder neu beeinflussen.

Insgesamt betrachtet ist das Theater für eine große Bühne, denn die Inszenierung ist komplex an Inhalten und Medien, die Schauspieler wirken nicht wie Laiendarsteller und die Inszenierung bewegt Gehirnmasse und Lachmuskeln gleichermaßen. Es werden Fragen aufgeworfen, ohne altbackene Patentrezepte zu liefern, durch das Spiel mit Klischees werden Lachmuskeln gefordert, ohne dabei das Thema lächerlich zu machen und mögliche Parallelen zu eigenen Lebensentwürfen regen Kopf und Herz an. Bei solch einem Tiefgang im Lientheater reizt es, vor allem einmal hinter die Kulissen zu schauen und nach den Motivationen, Einstellungen und Interpretationen von Schauspielern, Regisseur, Autor und

Chorbegleitern zu fragen. Welchen Bezug haben sie zu Stück und Gruppe? Welcher Inspiration bedarf es, um gutes Theater hervorzubringen? Wie unterschiedlich dabei die Einschätzungen sind, wird im folgenden Zusammenschnitt deutlich:



FA!: Was war deine Motivation in dem Stück mitzuspielen/ es zu inszenieren/ das Buch zu schreiben?

Daniel (Autor/Udo): Hauptmotivation war, dass das letzte Stück das wir gemacht hatten sehr viel Spaß machte und dass wir bei dem Thema „deutsche Linke“ dachten, es gäbe da noch Möglichkeiten das weiter zu behandeln, also Themen die wir noch nicht zur Gänze durchgekaut haben.

Matthias (Regisseur): Also erstmal wollte ich unbedingt wieder ein Stück machen. Dann hatten wir uns das irgendwie auch vorgenommen, wir sind ja Nachfolgertruppe von „Oblomovs Erben“. Das stand eigentlich schon ein Jahr aus, wir waren also schon im Verzug. Und dann wollte ich vor allen Dingen was Großes machen, das war ja ein großes Stück was da angeboten wurde, also ein umfangreicheres was sich nicht auf eine dreiviertel Stunde beschränkt, sondern eine klassische Spiellänge oder vielleicht sogar eine Überlänge bedient. Und das war ganz spannend. Das fand ich cool.

Michael (Jochen): Als ich das Stück gelesen habe, wusste ich erstmal noch gar nicht, ob ich da unbedingt mitspielen will. Aber das hat sich dann mit der Zeit sehr schön ergeben, nicht nur Gruppendynamisch sondern auch inhaltlich hat sich das immer mehr ausdifferenziert und das hat voll Spaß gemacht, also die Charaktere mit zu entwickeln. Ich hab auch noch nicht viel Theater gespielt in meinem Leben und das wollt ich einfach mal ausprobieren.

Dorothee (REPORTERIN): Ich hatte Lust mal wieder zu Schauspielen und mich selbst auszuprobieren und mal andere Seiten auszuleben.

FA!: Was ist/sind für dich die Kernaussage/n des Stückes?

Christian (Andi): Letztendlich schon zentrales Thema: Scheitern. Das Scheitern – wie der Titel schon sagt – an den individuellen, subjektiven Eigenheiten der Protagonisten der WG, der Kommune, die alle glauben über einen politisch-ideologischen Konsens verbunden zu sein, dabei vergessen wie stark geprägt sie eigentlich sind, durch ihre eigene Geschichte, durch

ihre eigene „Persönlichkeit“, durch ihre eigenen Abgründe. Und das auch nie thematisieren, quasi im Endeffekt überhaupt kein persönliches Verhältnis haben. Und dann eben auch dieses politisch-ideologisch unterschiedlich interpretieren.

Also alles steht unter dem Vorzeichen irgend eines Konsens', der aber gar nicht existiert.

Hannes (Staatsschützer Schulz): Die Kernaussagen des Stückes sind für mich eigentlich die Problematisierung der Linken an sich, dass die Zielsetzungen eventuell die gleichen sind, aber der Weg ist unterschiedlich, wie man das Ziel erreichen will. Und dadurch kann es zu Differenzen kommen und man streitet sich oder zerstreitet sich, so wie das ja im Stück am Ende der Fall ist.

Nadine (Birgit): Also wir springen mit auf den Bader-Meinhoff- und Kommune-I-Zug auf und machen uns ein bisschen darüber lustig, dass wir in unserer Kommune eigentlich nicht viel politisch bewegen, obwohl wir sehr viel diskutieren und letztlich ein bisschen über-theoretisieren und über-dramatisieren.

Sabine (Masse/Mensch): Die Kernaussage ist, dass wir bei allem was wir tun, egal wie neutral wir sein wollen, was ja v.a. immer bei politischen Dingen eine Rolle spielt, die Subjektivität doch nie außen vor lassen können.

Matthias (Regisseur): Die Kernaussage ist für mich eigentlich, dass in der Aktivität der so genannten Szene-Linken, es nach wie vor gar nicht so unterschiedlich ist, wie es sich eigentlich '68 gesetzt hat. Also als ein Aspekt. Und der nächste Aspekt, der glaube ich relativ bedeutend ist, ist '68 auch unter der Warte zu beschreiben, dass es auch ein Medien-Event war. (...) Aber, wie auch die Perspektive von dem heute auf das gestern sich darstellt, ist die Kernaussage auch, dass '68 auch ein Mythos ist. Das ist die zweite Kernaussage.

Daniel (Autor/Udo): Also der Hauptthemenkomplex für mich persönlich ist



Repräsentation, erstmal mediale Repräsentation von Protest oder radikalen Bewegungen. Man hat da so bestimmte Symbolfiguren, die im Prinzip herausgehoben werden aus der Masse der einzelnen Aktivistinnen und Aktivistinnen und dann auch noch der Avantgarde-Anspruch, dass sich bestimmte Leute erstmal innerhalb der Bewegung über andere stellen und die Bewegung oder die Gruppe, die sich dann über andere Leute stellt. Und das würde ich sagen ist halt so der Hauptpunkt.

Haben die dort angesprochenen Themen etwas mit deinem Alltag zu tun? Wenn ja, inwiefern?

Michael (Jochen): Also ich kenne das, die Diskussionen die da teilweise geführt werden das sind so bestimmte Küchendiskussionen die man kennt. Auch Polizei so, Repressionen, das ist zwar alles überspitzt, aber da sind auch Ähnlichkeiten drin, da sind ganz viel Anspielungen, die ich irgendwie nachvollziehen kann oder selber erlebt habe.

Hannes (Staatsschützer Schulz): Ja mit dem richtigen Leben hat das insofern zu tun, dass – also es ist ja schon ziemlich viel geprägt von Idealismus, sag ich jetzt mal, und der wird schon im Stück ausgespielt, durch die vier Hauptdarsteller vor allem. Und diesen Idealismus gibt es im realen Leben auch. Nur die Umsetzung ist einfach – wie es beim Ideal eben so ist – nie von Erfolg gekrönt am Ende, das ist eigentlich der Bezug zum realen Leben. Hier in der überspitzten Version vom Theater.

Marcel (Masse/Mensch): Ich beschäftige mich ja nun schon seit ein paar Jahren ein bisschen auch mit Politikram und bin auch selbst immer wieder frustriert gewesen, nachdem ich mich politisch engagiert hat-

te, wie wenig dabei eigentlich rumkommt und wie sehr es dann doch wieder an Kleinigkeiten und Zerwürfnissen innerhalb der Gruppe hängen bleibt und wie viele Probleme da auftreten. Von daher sehe ich da schon Parallelen und auch was den Inhalt angeht, jetzt von wegen Überwachungsstaat und Repressionen, das gab es ja nun vor 40 Jahren genauso wie heute und man hat eigentlich den Eindruck, dass die Überwachung vollständiger wird und die Repressionen auch eben dementsprechend lückenfüllender.

Nadine (Birgit): Teilweise. Also letztlich bin ich überhaupt kein militanter Polit-Aktivist oder so, aber in rechts- oder links-Fragen misch ich mich schon gern ein bisschen ein.

Sabine (Masse/Mensch): Ja insofern, dass ich selbst in einer WG wohne, wo gerne mal politische Themen diskutiert werden und manchmal fühl ich mich sogar so, als würde ich aus dem aus Bierkästen bestehenden Tisch sitzen und mich eigentlich genauso fühlen wie so ein Schauspieler in dem Stück.

FA!: Würdest du Theater generell und speziell dieses Stück als politische Praxis begreifen?

Christian (Andi): Nee. Ich glaube das würde zu weit führen. Also wenn wir das gewollt hätten, hätten wir ganz anders vorgehen müssen und spezieller Diskurse aus Leipzig aufgreifen müssen und da auch pikieren, anstoßen.

Dorothee (Reporterin): Ja es kommt darauf an, wie man den Praxisbegriff definiert. Aber an sich, Theater als Medium das Leute erreichen kann und wichtige Anstöße geben kann, würde ich schon so sagen, hat es nicht nur Unterhaltungswert. Und Theater kann auch schon ein Medium sein, um die Gesellschaft abzubilden in einer überspitzten Form und von daher kann Theater schon Auswirkungen haben, im positiven Sinne.

Marcel (Masse/Mensch): Das ist schwierig, Theater in erster Linie hat ja nun mal diesen Unterhaltungspunkt im Vordergrund. Natürlich ist es schön wenn politische Informationen oder politischer Gehalt irgendwo transportiert wird. Die Frage ist eben einfach, wie es auch vom Publikum

aufgenommen wird und verarbeitet wird. (...) Ich glaube so viel kommt dabei nicht rüber. In erster Linie bleibt das schon Unterhaltung. Das wurde ja auch von unserem Publikum viel gelacht und im Endeffekt weniger über die politischen Inhalte nachgedacht.

Daniel (Autor/Udo): Politische Praxis nicht direkt, eher öffentliche Theoriebildung, dass man da versucht bestimmte Inhalte, bestimmte Themen, die einen selbst bewegen in einer ansprechenden Form an ein Publikum weiterzureichen, was in gewisser Weise dann auch schon eine Praxis ist, aber eher eine theoretische Praxis in dem Sinne, wie man dann meinerwegen ein Transpi auf der Demo vor sich herträgt, wo irgendwas draufsteht, was man vermitteln will und dann hier in einer anderen Form.

Michael (Jochen): Speziell dieses Stück jetzt? Ich glaub dafür ist es fast zu viel einfach nur Darstellung eines IST-Zustandes und auch ziemlich unterhaltend. Es ist natürlich politische Praxis in dem Sinne, als dass es Leute zusammenbringt, die sich wiederentdecken können, auch über sich lachen können, über sich als Generation oder als soziale Gruppe. (...) Das ist ja auch eine politische Praxis, sich über Gesellschaft Gedanken zu machen und Anstöße zu kriegen. Aber ob Theater generell politische Praxis ist? Generell ist Theater keine politische Praxis – aber politische Stücke schon.

FA!: Wie gefiel dir die selbstorganisierte Arbeitsweise der Theatergruppe?

Matthias (Regisseur): Gut. Also die bestand ja vor allem darin, dass verschiedenen Leuten verschiedene Aufgaben zugefallen sind. Und das hat auch gut funktioniert und wurde auch immer besser. Das ist ein Lernprozess, das ist klar, und das musste sich auch immer erst alles finden, wie sich auch so eine Gruppe finden muss. Und dafür, also so im Rückblick muss ich sagen, war es gut, ist gut gelaufen.

Christian (Andi): <lachen> Ein Graus. Ja das Ganze wurde auf den Schultern von selbstaufopferungsbereiten Mitwirkenden ausgetragen, letztendlich. Also hätte es die nicht gegeben, Leute wie Micha, der immer wieder bereit war mit dem Auto zu fahren wann es nur ging und alle, die in Kauf ge-

nommen haben, dass nach 3 Stunden immer noch nichts geschehen ist, dann wäre es wahrscheinlich nicht zustande gekommen. Also die Selbstorganisation die hat immer nur partiell stattgefunden, also in kleinen Absprachen zu zweit oder zu dritt. Die hatte nicht wirklich Struktur, so dass man sagen könnte, das wäre selbstorganisiert gewesen von den Schauspielern oder von den Mitwirkenden.

Nadine (Birgit): Lief super, also im Endeffekt ist es auch total bezeichnend für das Stück, dass wir uns überhaupt nicht gezofft haben. Wir sind 20 Leute und alle haben sich supergut verstanden und alle haben irgendwie mitgemacht und waren motiviert und haben das irgendwie gern gemacht. Ja nur halt die Probenzeiten einhalten, das hat nicht jeder hingekriegt.

Marcel (Masse/Mensch): Die selbstorganisierte Arbeitsweise, die war super, es hat alles total gut geklappt, alle waren immer pünktlich und ja: jederzeit wieder. Nein, ohne scheiß: hat mich teilweise ziemlich angekotzt, dass Proben für 14 / 15 Uhr angesetzt wurden und dann die Probe erst eineinhalb Stunden später losgehen konnte, weil einzelne Leute immer erst so spät da waren. Es gab auch so ein paar kleinere Streitereien und Differenzen innerhalb der Gruppe ab und zu, immer mal wieder. Aber im Großen und Ganzen bin ich eigentlich recht zufrieden im Ergebnis, was dabei rausgekommen ist. Also die Auftritte waren meiner Meinung nach immer ziemlich gut und das war selbstorganisiert und hat trotzdem im Endeffekt eigentlich vom Ergebnis her ganz gut geklappt.

Robert (Günther): Gute Leute haben sich getroffen zum richtigen Zeitpunkt und am richtigen Ort.

(momo)



Fortsetzung von Seite 1

Aus Alt mach Neu! Neu ist was?

(...) Nichts darf mehr an die alte Zeit erinnern. Man soll wieder reden können über Leipzigs Theaterlandschaft. Es braucht junge Ideen, visionäre Kräfte und dergleichen. Schluss mit dem Theater für eine Bildungselite, die sich nach der Aufführung die rahmenlose Brille säubert und sagt: „Ja, das war angenehm.“ oder „Also die Luise war mir einen Hauch zu artifiziell.“. Dafür schafft man Spielpläne (irgendwann) ab, stellt sich einen hauseigenen Philosophen ein und öffnet Vorhänge auch für Amateure. Man mag die Namen *Skala* und *Centraltheater* ja etwas dekadent finden, aber fehlende Publikumsnähe kann man der Theaterleitung nicht vorwerfen, schließlich hatten die vor der Umbenennung einen Umfragebogen bei Studenten rumgeben lassen. Nur seltsam, dass die ersten Flyer mit den Namen schon vor der Auswertung der Fragebögen verteilt waren. Sei es drum. Allein es zählt der gute Wille! Aber was ist denn nun neu? Die alte Belegschaft wurde rausgeschmissen, ganz im Gegensatz zur brodelnden Gerüchteküche traf es nicht die gesamte Mannschaft, sondern eben die Deppen, die immer gehen müssen: Dramaturgen und Schauspieler. Vielleicht hat der Hartmann aus den Fehlern der Alten doch nicht gelernt. In Eisenach bspw. durfte sich der damalig neue Intendant am Landestheater, Schlicht sein Name, gegen Morddrohungen zur Wehr setzen, der Kampf zwischen altem Verwaltungsapparat und neuer Führung tobte heftig bis zum Tag der (schon lange beschlossenen) Schließung des Hauses. Aber davon ist in Leipzig nach eigenen Aussagen nichts zu spüren. Um seine persönlichen Leibeigenen in Lohn und Brot zu wissen, ist der Hartmann extra durch Deutschland gereist und wie es so kam, ließen sich im Lande nur diejenigen auftreiben, mit denen Hartmann sowieso schon seit Jahren zusammengearbeitet hatte. Im Gebälk munkelt man von „inzestuösen“ Strukturen. Da ist schon wieder Herr Altmann hinter dem Hartmann, der Dunkelschatten, der immer da ist, aber keiner weiß, was genau er zu tun hat, außer kaugummikauend in Veranstaltungen der Theater-

wissenschaft zu sitzen und den Studenten das neue Hauskonzept zu erklären. Und wie sollte es anders sein, auch der Hartmann-Zögling Thomas Lawinky ist wieder da. Manche kennen ihn noch aus den guten alten Zeiten, da er Journalisten während der Aufführung den Schreibblock stibitzte. Daraufhin publizierte der bestohlene Schreiberling Stadelmeier einen empörten Artikel in einer unbedeutenden Zeitung mit der Überschrift „Bericht über einen Angriff auf mich“.

Aber eines muss man dem Hartmann lassen, er ist ein echter Marketingfuchs. Er wusste genau, was das Leipziger Herz begehrt, nämlich etwas, worüber man sich aufregen kann: Ein Skandal, ein Großstadttheatergroßstädterskandal. Mit einer geschickten Öffentlichkeitsarbeit im Stile der reduktionistisch gehaltenen Geheimtipp-Kampagne wurde die Neugier geschürt und als dann auch noch die Preispolitik revolutionierte wurde (5,- Euro für Studenten, 3,- Euro für ALGII-Empfänger bei freier Platzwahl), da war kein Halten mehr und sie strömten in Massen und strömen noch immer zu Rainald Grebes recht unterhaltsamer Bionade-Biedermeier-Revue, zu einem Macbeth in FKK-Manier, zu den noch immer existierenden Tocotronic-Boys und einer Matthäuspassion, für die man sich lieber Stullen schmieren sollte, um nicht zu verhungern. Das Konzept geht auf. Ein Konzept, das laut Gerüchteküche fleißige Helfer aus dem *Theatrium* geschrieben hatten und zum Dank dafür ein nettes Nichts bekamen. Hartmann ist aber nicht nur Neuerer und meist verhassteste Person in Theaterkreisen des alten Leipzigs, er ist zudem ein grandioser Regisseur, der aus einem Repertoire oft politisch oder radikal-didaktisch motivierter Ideen schöpft. Immer etwas dekonstruktivistisch (ja ja, Brecht-Alarm und so), etwas mit Stadtbezug, mit Zeigefinger, etwas grausam, immer etwas Neues. Für den neuen Großstädter. Hartmanns Inszenierungen sind ein echtes Theatererlebnis und das findet er auch gut, denn Theater soll verstören und damit echte Gefühle aus unserem limbischen System heraus kitzeln. Da

spürt man den heißen Atem der Schauspieler direkt im Gesicht, wenn sie mal wieder die alte Kluft zwischen ihnen und uns einreißen, um Schlüpfer, Pudding und Texte ins Publikum zu schleudern, ja, es uns regelrecht ins Auge spucken, damit wir bloß nicht in die Genügsamkeit des Schauens abdriften. Da wird man endlich wieder Zeuge vom authentischen Wechselspiel der Gefühle, wenn das Publikum seinerseits die Grenze zur Bühne einreißt und ein Gespräch mit den Darstellern beginnt. Da ist man mittendrin, wenn sich der Zuschauerraum nach der Aufführung spaltet, die eine Hälfte artig buht, während die andere klatschend rebelliert.

Wer dann immer noch nicht genug hat, kann ja in die recht eigenständig gewordene *Skala* gehen und bei einer der berüchtigten Open-Stage-Reihen mitmachen. Vielleicht sollte er auch erstmal damit warten, denn die hippen *Skala*-Boys und -Girls aus Berlin streiten sich wöchentlich in der Disposition darüber, wer sie eigentlich sind und was sie eigentlich machen wollen. Oder man trottet langsam zum Paoli in die *Prüfgesellschaft für Sinn und Zweck* – glückliche Arbeitslose erwünscht, aber langsam, denn das ist das Credo der selbsternannten „extremistischen“ Gruppe: Zeit dehnen. Auf den unterhaltungssuchenden Teil der Bevölkerung warten nette Konzerte und sogar ein Musical. Wer dann gar nicht mehr zu halten ist, sucht sich eben eine der dutzendfach vorhandenen Theatergruppen aus dem *Spinnwerk*. Frisch aus Magdeburg kam Katrin Richter daher, zeitweilig berühmt durch Auftritte beim *Quatsch Comedy Club*, und sorgt für ein theaterpädagogisches Imperium. Ein Imperium, so groß, dass nun andere Theatergruppen, wie die vom *Theater der jungen Welt*, händeringend um neue Mitglieder betteln. Die Freie Szene in Leipzig blickt der Kulturhegemonie durch das finanziell gut gefütterte *Centraltheater* skeptisch entgegen. Denn welchen Grund hat die Stadt noch, andere Theaterprojekte zu fördern? Es ist doch alles da. Und alles neu. In unserer Großstadt.

(amu)

Sicherheit im Doppelpack

Zwischen NATO-Gipfel und Innenministerkonferenz

(...) *Militärische Weltpolizei...*

Der NATO-Gipfel soll nicht nur das 60jährige Bestehen des Bündnisses feiern. Es stehen auch weitreichende Veränderungen auf dem Programm. Die geplante Abschaffung des bisher geltenden Vetorechts soll künftige militärische Missionen vereinfachen, diese könnten in Zukunft auch ohne UN-Mandat möglich sein.

Auch die strategischen Richtlinien für die nächsten Jahre sollen dort festgelegt werden. Wie die aussehen könnten, macht ein von fünf ehemaligen Generälen verfasstes Strategiepapier (1) deutlich, das im April 2007 unter dem Titel „Towards A Grand Strategy For An Uncertain World“ („Hin zu einer umfassenden Strategie für eine unsichere Welt“) veröffentlicht wurde. Dort heißt es: „Die wichtigste Herausforderung der kommenden Jahre wird sein, auf das vorbereitet zu sein, was sich nicht vorhersagen lässt (...) Den westlichen Alliierten steht eine lange, andauernde und präventiv zu führende Verteidigung ihrer Gesellschaften und ihrer Lebensart bevor. Deshalb müssen sie Risiken auf Distanz halten, während sie ihre Heimatländer beschützen.“

Als mögliche Bedrohungen, vor denen die westlichen Gesellschaften präventiv mit militärischen Mitteln geschützt werden sollen, sehen die NATO-Strategen dabei den internationalen Terrorismus und das weltweite organisierte Verbrechen, mögliche Unruhen als Folge von Nahrungsmittelkrisen, aus dem Klimawandel resultierende soziale Konflikte ebenso wie massenhafte illegale Einwanderung.

An dieser Aufzählung sieht man bereits, wie stark sich die Rolle des Militärs seit dem Ende der Blockkonfrontation zwischen Ost und West gewandelt hat. Ein Angriff einer feindlichen Armee auf die „westlichen Gesellschaften und ihre Lebensart“ gehört jedenfalls nicht zu den angeführten Szenarien. Stattdessen sollen soziale Konflikte militärisch „bearbeitet“ werden. Die NATO (so das Konzeptpapier) müsse sich „zu einem effiziente-

ren Instrument für die Analyse der sozio-ökonomischen Bedingungen entwickeln, die Sicherheitsproblemen zu Grunde liegen“ – natürlich nicht, um an den Ursachen etwas zu ändern, sondern um die Symptome besser bekämpfen zu können. Ziel ist es, potentielle Bedrohungen schon im Vorfeld zu erkennen und „präventiv“ zu bekämpfen. Aufgabe der NATO bei der Intervention in Krisenregionen soll es sein, für Stabilität in den betroffenen Staaten und die Errichtung von „Good Governance“ zu sorgen, den „freien und gerechten Handel“ und den Zugriff auf Rohstoffe zu sichern – kurz gesagt, neue Märkte und Einflusszonen erschließen und dafür sorgen, dass auch dort die Kapitalakkumulation ungestört ablaufen kann.

Im Zuge dieser Entwicklung verschwimmen auch die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit zusehends. Dem Strategiepapier zufolge braucht es, um den beschriebenen Gefahren erfolgreich begegnen zu können, ein Konzept von „Homeland Security“ (Heimatschutz), das beide Bereiche miteinander verknüpft – dies läuft auf die Errichtung einer „globalen Sicherheitsarchitektur“ hinaus, bei der Militär, Polizei, Politik, Forschung und Zivilgesellschaft zusammenwirken sollen. Mit der Eindämmung bzw. Bekämpfung von Aufständen, Terrorismus und organisierter Kriminalität übernimmt das Militär immer mehr die Rolle einer „Weltpolizei“. Nicht umsonst soll z.B. die Bundesmarine mittlerweile gegen Piraten im Golf von Aden vorgehen. Die Diskussionen um den Einsatz der Bundeswehr ihm Inland bilden die Kehrseite dieser Entwicklung.

...polizeiliche Außenpolitik

In eine ähnliche Richtung denkt auch die sogenannte *Future Group*. Diese informelle Gruppe wurde 2007 auf Initiative Wolfgang Schäubles und des ehemaligen EU-Kommissars für Justiz und Innere Sicherheit Franco Frattini ins Leben gerufen. Neben diesen gehören ihr u.a. auch die Innenminister von Spanien, Portugal,

Fortsetzung von Seite 1

Frankreich, Slowenien, Schweden, Ungarn, Belgien und der Tschechischen Republik an. Im Juni 2008 legte diese Gruppe den europäischen Regierungen ein Strategiepapier mit Empfehlungen für die Gestaltung der Sicherheits- und Rechts politik von 2010 bis 2014 vor. Das Dokument (2) trägt den schönen Titel „Freedom, Security, Privacy – European Home Affairs In An Open World“ („Freiheit, Sicherheit, Privatsphäre – Europäische Innenpolitik in einer offenen Welt“). Darin fordern die Innenminister u.a. eine stärkere grenzüberschreitende Zusammenarbeit der europäischen Polizeibehörden und Geheimdienste. Vor allem der Datenaustausch soll erleichtert werden, um terroristische Bedrohungen besser abwehren zu können. Bestehende Datenbanken wie das *Europol*-Netzwerk EIS, das Schengen-Fahndungssystem SIS II und die Visum-Datenbank VIS sollen dafür miteinander verknüpft werden. Bis zur Realisierung dieses Traumes von der Super-Datenbank ist aber noch ein gutes Stück Weg zurückzulegen. Nicht nur bestehende Inkompatibilitäten bei der verwendeten Hard- und Software müssen überwunden und gemeinsame Standards bei der Datenerhebung eingeführt werden. Auch Datenschutz-Regelungen stehen den behördlichen Begehrlichkeiten noch im Wege.

Im zweiten Schritt soll es darum gehen, die so angehäuften riesigen Datenmengen (das Dokument spricht gar von einem „Daten-Tsunami“) sinnvoll zu ordnen und per Computer automatisch bestimmten Rastern entsprechend zu durchforsten. Der Wunschtraum der Sicherheitsarchitekten wäre es, diese potentiellen Gefährdungen schon im Vorfeld ausfindig machen und bekämpfen zu können. Eventuell auftauchendem Unbehagen auf Seiten der so überwachten Bürger soll propagandistisch begegnet werden: Es sei erforderlich, „den Bürgern der Europäischen Union zu erklären, wie Informationen verarbeitet und geschützt werden, auf der Basis von Verhältnismäßigkeit und Erforderlichkeit“.

Ähnlich wie in dem NATO-Papier wird die „illegale Einwanderung“ als drängendes Problem ausgemacht. Um diese zu bekämpfen, sollen die Befugnisse der mit der Abwehr von Migrant_innen an der EU-Außengrenze befassten *Frontex*-Agentur erweitert werden. Dabei müssten z.B. die Kompetenzen der an den jeweiligen Einsätzen mit Schiffen und Flugzeugen beteiligten Staaten und die Verantwortlichkeiten für Flüchtlinge, Asylsuchende und Schiffbrüchige geklärt werden. Gleichzeitig soll *Frontex* künftig mehr Autonomie, etwa bei der Ausbildung von Grenzschutztruppen und der Abschiebung von Migrant_innen, gegeben werden. Zudem sollen die Grenztruppen künftig auch außerhalb des EU-Territoriums, z.B. vor der afrikanischen Küste, operieren.

Denn auch die Innenminister sehen eine „wachsende wechselseitige Abhängigkeit von Innerer und Äußerer Sicherheit“.

Nur logisch, dass sie sich Aufgabenbereichen zuwenden, für die sie bislang nicht zuständig waren. So fordern sie eine stärkere Einflussnahme der EU auf sogenannte „Drittstaaten“. Als „Kandidatenländer“, an denen ein besonders vitales Interesse von europäischer Seite bestünde, werden u.a. der Irak und dessen Nachbarstaaten, Afghanistan, China und Indien genannt. Innen-, Außen-, Verteidigungs- und Entwicklungshilfeministerien müssten zusammenarbeiten, um auch im Ausland etwaigen Bedrohungen begegnen zu können.

Dabei übernimmt nicht nur das Militär zunehmend polizeiliche Aufgaben - im Zuge der wachsenden „Internationalisierung von Konfliktlösungen“ findet auch eine Militarisierung der Polizei statt. So heißt es in dem Papier: „Die zunehmende Vielfalt an Bedrohungen lässt es für die EU und andere notwendig werden, mit sich überschneidenden Polizei- und Militärproblemen in Krisenregionen zu recht zu kommen.“ Entsprechend werden deutsche Polizeibeamte bald nicht mehr nur als Ausbilder in Krisengebieten tätig

werden. Auch paramilitärische Einheiten der Bundespolizei sollen künftig als „Schnelle Eingreiftruppe“ bei Auslandseinsätzen dabei sein – im Rahmen der europäischen Gendarmerietruppe EGF. Eine erste Hundertschaft wird bereits im bayrischen Ort Sankt Augustin ausgebildet, weitere Einheiten sollen bis 2010 folgen.

Gegenmaßnahmen

Auch die Polizei wird also den Anforderungen der zunehmenden Militarisierung der europäischen Außenpolitik angepasst. Beim Gerangel um geopolitische Einflusszonen, Rohstoffressourcen und Absatzmärkte will die EU nicht abseits stehen. Mit dem Aufbau europäischer „battle groups“ stehen mittlerweile auch die Mittel bereit, um den eigenen Interessen im weltweiten Konkurrenzkampf wirksam, und notfalls auch gewaltsam Geltung zu verschaffen.



Im Gegenzug wird auch die Innere Sicherheit verstärkt an einem militärischen Konzept des „Zivilschutzes“ ausgerichtet. Konkrete Bedrohungen treten dabei innen- wie außenpolitisch hinter allgemeine „Risikoanalysen“ zurück: Um ins Visier der Polizeibehörden zu geraten, reicht mehr und mehr der bloße Verdacht aus, man plane eine Straftat.

Und auch das Militär will künftig nicht mehr warten, bis ein potentieller Konflikt tatsächlich eskaliert. Die Bedrohung durch den „internationalen Terrorismus“ liefert hier wie dort die Rechtfertigung dafür. Damit diese Neuausrichtung der europäischen Innen- und Außenpolitik nicht unbemerkt und unwidersprochen über die Bühne geht, formiert sich zur Zeit ein breites Bündnis antimilitaristischer und antikapitalistischer Gruppen (3).

Auch die Gegenseite bereitet sich auf den NATO-Gipfel vor. Ein Streitpunkt ist zum Beispiel die Lage und Größe möglicher Protestcamps. Der baden-württembergische Innenminister Heribert Rech

erklärte, man werde nur geordnete Camps in überschaubarer Größe zulassen. Während das Anti-Gipfel-Aktionsbündnis bei Strasbourg und Kehl zwei Camps für bis zu 18 500 Menschen einrichten will, möchte der Innenminister nicht mehr als 1.500 Personen dulden – sonst könnte die Polizei überfordert sein.

Zudem sollen schon im Vorfeld des Gipfels großflächige Kontrollen durchgeführt werden, um z.B. zu verhindern, das Waffen auf das Campgelände geschmuggelt werden. Mutmaßliche Gewalttäter will man mit strengen Meldeauflagen und Aufenthaltverboten fernhalten. Um die jeweiligen Veranstaltungsorte in Strasbourg, Kehl und Baden-Baden werden Sicherheitszonen eingerichtet. Es wird davon ausgegangen, dass das Stadtzentrum von Strasbourg während des Gipfels komplett gesperrt und selbst für Anwohner nur mit Passierschein zugänglich sein wird.

Einen Zaun wie in Heiligendamm wird es wohl weder in Strasbourg noch auf deutscher Seite geben. Einem kürzlich veröffentlichten Sicherheitskonzept für Baden-Baden zufolge soll es dort um die absolute Sperrzone herum eine weitere Sicherheitszone mit starker Polizeipräsenz geben, um das „Einsickern“ von „Störern“ zu verhindern. Die Bundeswehr soll sich derweil um die „Sicherheit im Luftraum“ kümmern – ob darunter (wie in Heiligendamm) auch Aufklärungsflüge über die Protestcamps verstanden werden, ist derzeit noch unklar. Ebenfalls ist angedacht, die Grenzübergänge zwischen Deutschland und Frankreich an diesem Wochenende zu sperren. Hoffen wir mal, dass dieses Konzept nicht aufgeht und sich im April genügend viele Gegendemonstrant_innen in Strasbourg, Kehl und Baden-Baden einfinden, um den großen wie den kleinen Sicherheitsstrategen die Suppe gebührend zu versalzen.

Justus

(1) als PDF ist das Dokument im Internet unter http://euro-police.noblogs.org/gallery/3874/grand_strategy.pdf zu finden

(2) siehe <http://euro-police.noblogs.org/gallery/3874/eu-futures-jha-report.pdf>

(3) Mehr dazu unter <http://gipfelsoli.org> und <http://euro-police.noblogs.org>

Kommunen: Selbstermächtigung oder -isolierung?

Die weitverbreiteste Mär über die „Kommune“ beginnt in etwa so: „Hinter sieben Bergen, bei den sieben Zwergen ...“ und wird von einer urbanesken Bohémé kolportiert, für die „revolutionär“ höchstens noch ein Prädikat für eine neue Kneipe auf der gewohnten Partymeile bedeutet. Sachlich betrachtet, ist die föderal organisierte, kommunale Selbstverwaltung dagegen der realistischste Gegenentwurf zum modernen Flächenstaat mit seinen zähen und korruptionsanfälligen, zentralen Verwaltungsapparaten. Und die politische Vorstellung eines Netzwerkes dezentraler, unabhängiger Kommunalverwaltungen, die vielfältige, vitale Austauschbeziehungen miteinander pflegen, ist tatsächlich älter und historisch weitaus wirksamer gewesen, als die krude Idee eines allumfassenden, beständig mehr Ohnmacht produzierenden, römischen Leviathans. Sei es nun im politischen Leitbild der griechischen Polis, in den vor-mittelalterlichen Christengemeinden, in den unzähligen neuzeitlichen Siedlungsbewegungen, im Städtebundgedanken, in den Anschauungen der frühen SozialistInnen, in der Kibbuzim-Bewegung der Neo-Israeliten oder etwa in der Bolo-Bolo-Utopie der AnarchistInnen. Immer dann, wenn man ernsthaft die politische Mit-

bestimmung und damit zwingend verbunden, die Verantwortung der gemeinschaftlich organisierten Individuen, also die Selbstermächtigung jedes Einzelnen, ins Zentrum politischer Überlegungen rückt, wird mensch letztlich bei der Vorstellung eines Netzwerkes selbstverwalteter Kommunen enden. Nicht anders der anti-kapitalistische Kampf des Kommunismus der Arbeiter UND Bauern, deren revolutionärer Fixstern nachwievor die *Pariser Commune* von 1871 ist. In diesem modernen Idealbild kommunaler Selbstverwaltung spielt die direkte Kontrolle der landwirtschaftlichen Grundversorgung ebenso eine Schlüsselrolle wie die gemeinschaftliche Verfügung über Werkzeuge bzw. Produktionsmittel, um Güter des alltäglichen Bedarfs herstellen und/oder mit anderen Kommunen tauschen zu können, und so eben von den zentralen Verteilungsmechanismen des korrupten Staates bzw. des ausbeutenden Kapitals unabhängig zu sein. Man mag die Möglichkeiten solcherart lokaler Autonomie vor dem Hintergrund eines ausdifferenzierten, omnipräsenten Rechtsstaates aktuell ungünstig einschätzen, allein diese Einsicht entbindet uns nicht von der politischen Verantwortung, für zukünftige Generationen die Experimentierräume zu erkämpfen und zu verteidigen, die sie dereinst befähigen werden, zu besseren politischen Verhältnissen miteinander fortzuschreiten.

Das politische Ideal der Kommune ist deshalb nicht nur für die weitere Entwicklung der sterbenden Industrienationen von entscheidender Bedeutung. Es ist auch eine zentrale Kategorie, wenn in Zukunft wirklich Ernst gemacht werden soll mit einer auf Gegenseitigkeit beruhenden Entwicklungszusammenarbeit zwischen



mehr und weniger technisch bzw. kulturell entwickelten Regionen rund um den Globus. Das Leitmotiv aufklärerischer Exportschlager sollte deshalb nicht Nation-Building sondern vielmehr Kommunen-Building heißen. Die Kommune ist dabei jedoch gleichzeitig keine universelle Lösung mit genauen Parametern, sondern lediglich eine gemeinsame Richtung. Der Grad und die Art und Weise der jeweiligen Kommunalisierung muss von Gruppe zu Gruppe und von Region zu Region nach eigenen Ansprüchen und Herausforderungen selbst bestimmt werden. Das betrifft ihre Größe, um politische Mitbestimmung und individuelle Selbstbestimmung zu gewährleisten, das betrifft das Maß an landwirtschaftlicher und energetischer Subsistenz, um eine unabhängige Grundversorgung sicher zu stellen, und das betrifft die Menge an betrieblicher Gemeinschaftsproduktion, um durch Austausch alle weiteren Bedürfnisse befriedigen zu können, ohne dass die Arbeit hierfür zur Qual wird.

Die selbstverwaltete Kommune, ob nun als Aussteigerprojekt müder Großstädter oder als Genossenschaft von Bauern und Bäuerinnen, ob als besetzte Fabrik oder Kleingärtner-Syndikat, ist also nachwievor die einzige vernünftige Antwort, die mensch den revolutionären Geistern dieser Erde geben kann, wenn sie nach mehr Selbstbestimmung, mehr politischer Mitbestimmung und damit nach mehr lokaler Autonomie verlangen. (clov)

stellt Freiräume und politische Mitbestimmung durch lokale Autonomie potentiell sicher

setzt kapitalistische Arbeitsverhältnisse ausser Kraft

einzig historisch bewährte Antwort gegen den Zentralismus von Staat und Kapital

global taugliches Mittel für die Probleme der Entwicklungszusammenarbeit von „Nord“ und „Süd“

Ich bin DAFÜR, weil ...

Ist mir EGAL, weil ...

_____ ...

Die Idee der Kommune wird bereits seit Jahrhunderten kontrovers diskutiert, da sie auf der einen Seite Sehnsüchte nach Unabhängigkeit, persönlicher Entfaltung und kollektiver Selbstermächtigung weckt, allerdings andererseits Befürchtungen von internen Abhängigkeiten und Abschottungsprozessen gegenüber der „Außenwelt“ hervorruft. Ebenso umstritten ist es, ob es politisch sinnvoll sei, für die Gründung von Kommunen als Mittel zur langfristigen Überwindung des Kapitalismus, zu streiten. Oder sind sie diesem vielmehr von vornherein unterlegen? Fördern nun Kommunen kapitalistische Herrschaftsstrukturen oder ist sie deren beispielgebender Gegenentwurf?

Neben anderen Aktionsformen war und ist auch der Aufbau von Kommunen ein beliebtes Mittel der libertären Bewegung, um der herrschaftsfreien Gesellschaft ein Stück näher zu kommen. Die lange Tradition dieses Ansatzes sagt freilich wenig über seine Brauchbarkeit aus. Um die zu beurteilen, muss man zunächst wissen, was man mit der Kommune erreichen will. Mögliche Ziele wären z.B. Abkopplung von der kapitalistischen Ökonomie, Propaganda der Tat, Herrschaftsfreiheit in der kleinen Gemeinschaft, Überwindung des Systems durch Aufbau einer Parallelökonomie.

Wenn Leute sich angesichts der herrschenden Zustände in ihre eigene geschützte Nische zurückziehen, mag das im Rahmen der jeweiligen Biographie ein vernünftiger Schritt sein. Das heißt nicht, dass es auch politisch sinnvoll ist. Der Versuch, den Kapitalismus durch den Aufbau einer Parallelökonomie zu überwinden, ist jedenfalls zum Scheitern verurteilt – die kapitalistische Ökonomie ist weniger konkurrenzorientierten Wirtschaftsformen stets



überlegen, wenn es darum geht, sich immer neue Bereiche der Welt einzuverleiben. Selbst eifrige Propagandisten des Kommunelebens (wie G. Landauer) machten sich da keine Illusionen, die Entwicklung z.B. der israelischen Kibbuz-Bewegung hat es auch praktisch bewiesen.

Auch was die Propaganda durch die Tat, das praktische Beispiel angeht, ist der Wert des Kommune-modells gering. Die Abkopplung von der kapitalistischen Ökonomie und die Konstruktion einer geschlossenen Einheit von Arbeitsplatz, Wohnort, Politgruppe und Freundeskreis führt dazu, dass mensch sich auch von denen abkoppelt, die durch das eigene Beispiel überzeugt werden sollten. Dies gilt umso mehr, da das Kommune-modell vor allem auf den ländlichen Raum zugeschnitten ist – in der Stadt gibt es schließlich kaum einen Grund, warum mensch z.B. am Arbeitsplatz auch noch wohnen sollte.

Zudem garantiert die kleine Gemeinschaft keineswegs Herrschaftsfreiheit. Auch sie kann einen repressiven, von starren Hierarchien geprägten Charakter annehmen. Die freie Assoziation setzt nämlich nicht nur die Freiwilligkeit des Eintritts in eine Kooperation voraus, sondern ebenso die Möglichkeit, aus der so entstandenen Vereinigung auch wieder auszutreten. Diese Möglichkeit muss nicht nur theoretisch bestehen (als flapsiges „Du kannst ja gehen, wenn dir was nicht passt!“), sondern auch praktisch, d.h. ohne dass dies (womöglich untragbare) negative Folgen für das Individuum hat. Nur dann ist die tatsächliche Freiwilligkeit einer Zusammenarbeit gewährleistet. Die Struktur der Kommune mit ihrer Kopplung aller wichtigen Lebens-

bereiche steht dem entgegen: Wer mit einem Schlag seinen Lebensunterhalt, seine Wohnung und sein soziales Umfeld zu verlieren droht, überlegt im Konfliktfall dreimal, ob er der Mehrheit widerspricht oder sich nicht doch eher unterordnet.

Mehr noch: Wenn jemand eine Möglichkeit suchen würde, um eine Gruppe von Menschen in größtmöglicher ökonomischer Abhängigkeit zu halten, die lückenlose Überwachung nicht nur der Gruppe als ganzer, sondern auch die wechselseitige, alle Lebensbereiche umfassende Kontrolle der Gruppenmitglieder untereinander zu gewährleisten, so könnte derjenige nur schwer ein Modell finden, dass besser dafür geeignet wäre als die Landkommune.

Soweit wird es in den meisten Fällen nicht kommen. Es geht mir auch nicht darum, irgendwelche Horrorszenarien zu entwerfen – der Punkt ist, dass die Struktur der Kommune nicht geeignet ist, im Falle des „Größten Anzunehmenden Unfalls“ dem Entstehen neuer Herrschaftsverhältnisse entgegenzuwirken, sondern diese im Gegenteil noch verstärkt. Das „System“ ausperren zu wollen ist nutzlos – wenn man sich selbst dabei einsperrt, wird es gefährlich.

Justus

rein defensive Taktik

trägt nichts zur Abschaffung des Kapitalismus bei

führt zu Selbstisolierung

Sichert keine Herrschaftsfreiheit, sondern ist potentiell sogar herrschaftsfördernd

CONTRA

Ich bin DAGEGEN, weil ...

...

Stein auf Stein – sicher soll es sein

Das neue BundesKriminalAmt-Gesetz

Allein in den letzten sieben Jahren hat der Bundestag über 50 Gesetze verabschiedet, die tiefer in unser aller Leben eingreifen, als es den meisten bewusst ist: Von der Registrierung der Konten- und Reisebewegungen, über die Speicherung biometrischer Daten, bis zur Überwachung der Kommunikation durch die Vorratsdatenspeicherung, das staatliche Wissen über uns alle wird zunehmend umfassend. Der neueste Clou ist der „Entwurf eines Gesetzes zur Abwehr von Gefahren des internationalen Terrorismus durch das Bundeskriminalamt“ (BKA-Gesetz) vom 17.6.2008, momentan in erster Lesung. Dieser Entwurf sieht diverse Änderungen des bisherigen BKA-Gesetzes vor, also des Gesetzes, das die Befugnisse des Bundeskriminalamtes bestimmt(1).

Terror? Sicher!

In der Geschichte der BRD gab es die verschiedensten Begründungen für die Verschärfung von Sicherheitsgesetzen: vom KPD-Verbot 1956 gegen Kommunist_innen über die Notstandsgesetze Ende der 60er Jahre gegen die Student_innenbewegung, die zahllosen Maßnahmen im Kampf gegen die RAF, bis hin zur – dem zunehmenden gesellschaftlichen Rassismus entsprechenden – Figur der „Ausländerkriminalität“ in den 90er Jahren. Nun ist es der in seiner tatsächlichen Bedrohlichkeit geradezu schwindelerregend überhöhte „internationale Terrorismus“, der als Erklärungsmuster herhalten muss. Diese politischen Begründungen scheinen beliebig austauschbar, sind es aber letztlich nicht. Grund dafür ist, dass der Begriff des „Terrorismus“ noch diffuser und vager ist, als die bisher vorgebrachten Argumente für den Ausbau staatlicher Macht. Was ist Terrorismus? Die Antwort gibt die Exekutive: Entzündete Militärfahrzeuge sind nicht mehr ein Sachschaden, sondern eine terroristische Attacke; die Fähigkeit eines Soziologen, soziologische Texte zu formulieren, stellte ihn unter Terrorverdacht. Ziviler Ungehorsam und sozialer Protest werden so je nach politi-

scher Interessenslage als terroristische oder terrorähnliche Bedrohung inszeniert, diskreditiert und zunehmend kriminalisiert.

Unheimlich heimlich

Die Bedeutung der einzelnen Änderungen des BKA-Gesetzes wird letztlich erst dann richtig deutlich, wenn man sie vor dem Hintergrund der gesamten Sicherheitsarchitektur betrachtet. Die erste Tendenz ist rein faktischer Art: Durch zunehmende technische Möglichkeiten kann der Staat weitgehend unbemerkt auch intime Daten erlangen. Wie das Bundesverfassungsgericht im Februar 2008 festgestellt hat, darf der Staat grundsätzlich auch mit Spionagesoftware in privaten Festplatten forschen („Online-Durchsuchung“). Nach dem BKA-Gesetz soll Artikel 13 des Grundgesetzes, in dem die Unverletzlichkeit der Wohnung verbrieft ist, bald noch weiter eingeschränkt werden, so dass in Wohnungen auch mit versteckten Kameras geforscht werden darf („Großer Spähangriff“). Zwar waren auch früher schon Hausdurchsuchungen bittere Erfahrung nicht nur mancher G8-Kritiker_innen, aber die nun vorgesehenen Maßnahmen beinhalten eine neue Heimlichkeit – anders als die „klassische“ Durchsuchung bekommt man sie schlicht nicht mit.

Leere Lehren aus der Geschichte

Die zweite Tendenz wurde noch nie so deutlich wie durch das BKA-Gesetz: Die unterschiedlichen Sicherheitsinstitutionen in der Bundesrepublik werden konzentriert und zwar gleich doppelt. Einerseits werden Kompetenzen von den Ländern auf den Bund übertragen und machtbegrenzende föderalistische Strukturen somit aufgegeben. So darf das BKA laut Entwurf von sich aus Ermittlungen beginnen, wenn Verdächtige in verschiedenen Bundesländern wohnhaft sind. Damit werden die Landespolizeien umgangen. Bisher musste das BKA von der Bundesanwaltschaft oder einer Landespolizei beauftragt werden.

Andererseits wird eine funktionale Koo-

peration forciert, indem die verschiedenen Sicherheitsorgane nicht mehr nur Daten austauschen, sondern zunehmend auch ihre Aufgabentrennung verwischt wird. Es ist eine der Lehren aus dem deutschen Faschismus, dass Polizei und Geheimdienst getrennt zu arbeiten haben. Zwischen 1936 und 1939 wurden unter Himmler die Gestapo und die Kriminalpolizei zur Sicherheitspolizei zusammengeschlossen. 1939 folgte der Zusammenschluss der Sicherheitspolizei mit dem Sicherheitsdienst der SS zum Reichssicherheitshauptamt, das das Hauptamt der SS war. Die Gestapo arbeitete als Inlands- und Auslandsgeheimdienst, der nicht nur überwachte, sondern auch polizeilich verfolgte, folterte, Verhaftungen und Exekutionen vornahm. Um eine solche Machtballung mit all ihren Risiken zu verhindern, legten die Militärgouverneure der Westalliierten 1949 im so genannten Polizeibrief das Trennungsgebot fest, das heute in Art. 87 Grundgesetz und § 8 Bundesverfassungsschutzgesetz verbrieft ist. Die Idee dahinter ist folgende: Die Institution, die vieles kann, soll nicht alles wissen, und die Institution, die alles wissen kann, soll nicht alles können dürfen. Deswegen dürfen nur Polizeibehörden Straftaten verfolgen. Sie benötigen für ihre Ermittlungen einen konkreten Verdacht einer konkreten Straftat gegen eine konkrete Person. Geheimdienste hingegen besitzen keine polizeilichen Handlungs- und Vollzugsbefugnisse. Stattdessen konzentrieren sie sich auf das Sammeln und Auswerten von Informationen. Dafür sind sie bei ihren Ermittlungen aber nicht an einen konkreten Tatverdacht gebunden, schließlich ist der Sinn ihrer Tätigkeit das Schnüffeln und Anhäufen von Daten in alle Richtungen. Mit schöner Regelmäßigkeit vermerkt der Gesetzgeber in seinen Ausführungen, dass dieses Trennungsgebot gewahrt worden sei. Und mit ebensolcher Regelmäßigkeit kann davon keine Rede sein: Die Trennung von Polizei und Geheimdienst steht schon seit Jahren zur Disposition. Spätestens mit der Verabschiedung des „Gesetzes zur Errich-

tung gemeinsamer Dateien von Polizeibehörden und Nachrichtendiensten des Bundes und der Länder“ im Jahr 2006 wurde das Trennungsgebot faktisch aufgehoben. In der alltäglichen Praxis arbeiten Polizei, Geheimdienst, Militär und diverse Behörden bereits seit einigen Jahren in verschiedenen Zentren, wie dem „Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum“ (GTAZ) oder dem „Gemeinsamen Analyse- und Strategiezentrum illegale Migration“ (GASiM) Hand in Hand. Das BKA ist eine Polizei. Mit dem neuen BKA-Gesetz werden der Polizeibehörde jedoch neben polizeilichen auch geheimdienstliche Befugnisse zugestanden. Sie soll demnächst auch im Bereich der Vorfeldermittlung aktiv werden, also ohne jeden konkreten Verdacht ermitteln dürfen. Das bedeutet, dass die Polizei nun nicht nur mit dem Geheimdienst faktisch kooperiert, sondern selbst und ganz offiziell mit nachrichtendienstlichen Ermächtigungen ausgestattet wird. Von der Überzeugung bei Verabschiedung des Grundgesetzes, dass staatliches Eingreifen nie wieder geheim sein soll, ist im Jahr 2008 nicht mehr viel übrig geblieben. Das Resultat: Noch nie seit Bestehen des Grundgesetzes waren staatliche Machtbefugnisse so weit reichend, so zentralisiert – und dabei so unkontrollierbar.

Politische Trüffelschweine

Die dritte Tendenz ist eine Aushöhlung der rechtlichen Grenzen, die dieser Machtfülle entgegenstehen könnten. Am deutlichsten wurde dies bislang am schärfsten Schwert des Staates, dem Strafrecht. Die mit dem Strafrecht verbundenen Eingriffe sind so einschneidend, dass ursprünglich grundsätzlich eine begangene Straftat Voraussetzung dafür war, dass der Staat sich dieser Waffe bedienen durfte. Diese Schwelle unterläuft bereits der stetige Ausbau des Präventionsstrafrechts seit den 70er Jahren: Mittels der §§ 129, 129a und b Strafgesetzbuch (StGB), die die „Bildung einer kriminellen bzw. terroristischen Vereinigung“ unter Strafe stellen, werden extrem weit reichende Eingriffe des Staates unter extrem unklaren Voraussetzungen möglich – das Schutzgut und die Voraussetzungen der Normen sind schlicht so vage, dass bei der Konkretisie-

rung im Einzelfall der Willkür Tür und Tor geöffnet ist.⁽²⁾ Eine konkrete Tat muss der verdächtigten Person jedenfalls nicht vorgeworfen werden.

Dennoch kommt es fast nie zur Anklage: In den neunziger Jahren standen Ermittlungen gegen 1.362 Personen lediglich 38 Verurteilungen gegenüber. Spätestens an dieser Stelle wird deutlich: Die §§ 129, 129a, b – und vielleicht bald wie geplant c und d – sind die politischen Trüffelschweine des StGB. Diese Paragraphen sind darauf ausgelegt, weit reichende Ermittlungsbefugnisse zu ermöglichen, die nach den Polizeigesetzen so nicht möglich wären, und werden in der Praxis genau so verwandt. Diese Tendenz wird durch das BKA-Gesetz noch vertieft und perfektioniert. Für eine Anwendung der §§ 129 ff bedarf es zumindest (sic!) noch irgendwelcher bereits begangener Straftaten einer vermeintlich bestehenden Organisation. Das BKA-Gesetz hingegen erlaubt ähnlich ausufernde

Ermittlungen selbst ohne das Erfordernis jeglicher konkreten Straftat. Die Logik dieses Gesetzes beruht vielmehr darauf, dass es für einen Eingriff bereits ausreichen soll, wenn nach Ansicht des BKA die Gefahr bestehe, dass irgendeine imaginäre Gruppe in Zukunft Straftaten des internationalen Terrorismus begehen könnte und die von dem Eingriff betroffene Person vielleicht irgendwie mit einer Person Kontakt hat, die in Zukunft vielleicht planen könnte, derartige Straftaten zu begehen – ein Konjunktiv jagt den nächsten. So wird jetzt in Gesetz gegossen, was seit Jahren von der Polizei bereits praktiziert wird, zuletzt bei den § 129a-Verfahren im Zuge des G8-Gipfels zur Anwendung kam und von einem Ermittler bei den auf §

129a StGB gestützten Hausdurchsuchungen in bemerkenswerter Offenheit kommentiert wurde: *„Wir haben in den Busch geschossen, nun sehen wir weiter, was und wer sich*

dort bewegt.“⁽³⁾ [...]

Keine Angst

Wir erleben im Resultat den Ausbau einer „Sicherheitspolitik“, deren „Sicherheit“ nicht die unsere ist. Denn „Sicherheit“ im Sinne der europäischen Staatengemeinde meint eben nicht nur die Sicherheit vor der Bedrohung etwa eines Anschlags wie in Madrid 2004 oder London 2005. „Sicherheit“ in ihrem Sinne bedeutet eine Festung Europa, die das Menschenrecht auf Asyl mit Füßen tritt und täglich Menschenleben fordert, „Sicherheit“ in ihrem Sinne bedeutet in anderen Ländern Krieg zu führen, um geopolitische Interessen durchzusetzen und das globale Nord-Süd-Gefälle aufrecht zu erhalten und ihre „Sicherheit“ bedeutet, die so genannte Wohlstandsschere ungehemmt weiter öffnen zu können, die Verarmung großer Teile der Bevölkerung voranzutreiben und Spaltung und Konkurrenzdenken zu schüren. Kurz: die „Sicherheit der Herrschenden“, ihr dickes Stück vom Kuchen nicht mit jenen teilen zu müssen, für die in den herrschenden Verhältnissen eben nicht so viel vorgesehen ist – und sich zu schützen vor Bewegungen, die hieran etwas ändern wollen.

Rote Hilfe e.V. - Ortsgruppe Hamburg,
hamburg@rote-hilfe.de

(1) Der Entwurf ist unter <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/095/1609588.pdf> abrufbar, das bisherige BKA-Gesetz unter http://www.gesetze-iminternet.de/bkag_1997

(2) Eine aufschlussreiche Beschreibung der Lebensrealität eines nach § 129a Observierten findet sich unter:

<http://www.zeit.de/online/2007/44/Militante-Gruppe-Ueberwachung?from=24hNL>

(3) Vgl. http://www.welt.de/politik/deutschland/article868812/Wie_militant_sind_die_Gipfel-Gegner.html

Informationen zu einem Kriegsbandnis. Zusammengestellt und herausgegeben von der Informationsstelle Militarisation und der DFG-VK. Mit Beiträgen zu: *Strukturen und Strategien der NATO / Globale NATO / Kurze Bilanz einer kriegerischen Geschichte / Kanonenboote und Piraten / NATO und Migrationsbekämpfung / Aggressive Atompolitik und Raketenabwehr der NATO / Der NATO-Krieg in Afghanistan / Die NATO im Irak / Die Kolonialpolitik der NATO auf dem Balkan / Die NATO in Afrika / Kameraden im Kaukasus / Das EUCOM in Stuttgart-Vaihingen / Marshall-Center & NATO-Schule / Die Deutsch-französische Brigade in Mühlheim / Kriegsführung aus der Provinz / Mit AWACS gegen das Grundgesetz / NATO-Pipeline / Das Militärdrehkreuz Halle/Leipzig*



KEIN FRIEDEN MIT DER NATO

Die NATO als Waffe des Westens

Zu beziehen über:
Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V.,
Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen
Telefon: 07071/49154
imi@imi-online.de, www.imi-online.de
72 Seiten / 2 € Stück zzgl. Porto




Reisebericht: Turkey - Imagined Community

Von Freiheiten und Unfreiheiten in der Bosphorus-Metropole

Ich schreie und wache auf. Unsere kleine Tiger-Katze beißt gerade herzhaft in meine Hand wie in einen saftigen Rinderbraten und glotzt mich dabei triumphierend an. Es ist morgens um sieben in Galata/Istanbul und ich habe Uni. Wie immer zu spät stolpere ich aus dem Haus. Nur der Regenschirm- und Tempotaschentuchverkäufer, der Granatapfel-Saftpresser an der Ecke und der Kuttel-Schneider haben bereits ihre Rollläden hochgefahren. Die Luft ist kalt. Es riecht nach nassem Stein. Von irgendwo weht eine Börekschwade in meine Nase. Heerscharen von scheinbar schlaflosen Straßenkatzen, fressen sich durch die Müllreste vom letzten Abend. Ich laufe den steilen Hang zum Hafen runter, die Sonne geht über dem Bosphorus auf, taucht die unscharfen, von Nebel umhangenen Silhouetten der Moscheen auf der anderen Seite der Meeresenge in ein milchiges Gelb. Die Angler stehen schon seit Stunden auf der Galatabrücke, um sich ihre Brötchen zu fischen. An der neuen Fährstation (die alte ist vor einigen Wochen mal eben bei einem Sturm im Bosphorus versunken) treffe ich zwei slowenische Kommilitoninnen. Bei Çay (Tee) und Sesamkringeln schaukeln wir auf die asiatische Seite zum Busbahnhof. Wir haben Glück, der Bus steht noch da. Eine Duftskala billiger Parfums und Körpergerüche zieht an meinem malträtierten Riechorgan vorbei, wie die Betonwüste von Hochhäusern und Autobahnkreuzen an meinen Augen.

Die Gebäudearchitektur der asiatischen Seite besticht durch ihre schamlose Funktionalität. Shoppingmalls und Hochhauskomplexe, die in ihrer Ästhetik an den Gropius-Bau von Berlin erinnern, sind so unsensibel in die Landschaft gesetzt, dass sich nur das zähste Gestrüpp und die mutigsten Gräser am Rande der mehrstöckigen Schnellstraßen ein bisschen Grün zutrauen. Die kilometerlangen Autoschlangen ziehen bleiern Richtung Horizont, aus dem die Häuserschluchten tauchen wie steinerne Riesen einer Dystopie. Je weiter unser Bus in den Nordosten vordringt, desto häufiger ragt ein Minarett wie eine verzierte Giftpfeilspitze aus dem Betonmeer, um sogleich wieder von ihm verschluckt zu werden. Vor dem protzigen Eingangsportal spuckt der Bus die gleichmütige Studentenmasse aus. Vor dem Eingang steht ein Sicherheitsbeamter, der jedes Auto, das auf den Campus fährt, inspiziert und mit einem Spiegel unter den Fahrzeugboden schaut um zu sehen, ob auch niemand eine Bombe druntergebastelt hat. Wir zeigen unsere Studi-Karte und laufen in Richtung Seminargebäude.

Wir haben „Anthropologie der modernen Türkei“. Unsere Professorin ist Leiterin des Instituts, eine international anerkannte Anthropologin, die so beschäftigt ist, dass während des Unterrichts mindestens fünfmal ihr Telefon klingelt. Sie ist leicht untersetzt, lächelt immer freundlich und ist so opportunistisch wie das Amen in der Kirche. Es ist der letzte Kurs vor der Endklausur. Sie erkundigt sich nach unserem Wohlbefinden: „Ah Irmak, dich habe ich ja schon lange nicht mehr gesehen“ und dann danach, wie wir ihr Seminar – zu dem sie persönlich ganze vier Mal er-

schiene ist – fanden. Ein paar verhaltene Stimmen melden sich zu Wort. Sie hätten sich mehr aktuelle Themen gewünscht. Die Kurden werden angesprochen, über die während des gesamten Semesters kein einziges Wort fiel. Ein Student platzt heraus: „Die jungen Leute, die zur PKK gehen sind so gehirngewaschen wie die Diamantengräber in Afrika.“ Gut, danke. Der Nächste bitte.

Das „Armenierthema“ wird angesprochen. Eine kleine Rückschau; Vor ein paar Tagen hat sich ein Redakteur der türkischen linksliberal-antinationalistischen Tageszeitung *Radikal* das erste Mal öffentlich für den Genozid an den Armeniern entschuldigt. Die Rede ist hier nicht von einem Pamphlet oder einem Brief, sondern lediglich von fünf mageren, aber bekennenden Zeilen, in denen folgendes geschrieben steht: „Mein Gewissen erlaubt es nicht, teilnahmslos gegenüber dem großen Unglück zu bleiben, das die osmanischen Armenier 1915 erlitten, oder es zu verleugnen. Es weist dieses Unrecht zurück, teilt für sich Gefühl und Schmerz meiner armenischen Brüder, die ich um Verzeihung bitte.“ Für die türkische Presselandschaft, aber vor allem für AnhängerInnen des türkischen Staates ein Skandal (1). Im Netz zirkulierte die Entschuldigung als Petition unter türkischen Intellektuellen schon Tage im Voraus und wurde innerhalb weniger Wochen von mehreren 10.000, einschlägigen NGO's und Prominenten unterschrieben. Nicht jeder, der wollte konnte sein Signum hinterlassen. Eine meiner anderen Professorinnen beispielsweise muss damit rechnen ihre Stelle zu verlieren, wenn sie unterschreibt, was sie gern tun würde. Die *Yeditepe*-Uni ist eine Privatuni. Gegründet von Dalan, einem ehemaligen neokonservativen Bürgermeister Istanbuls, produziert sie massenweise unkritische StudentInnen mit zahlungswilligen Eltern, die, wenn sie etwas zu sagen haben, den hegemonialen Konsens und Nonsense runterbeten, der ihnen während ihrer schulischen und universitären Karriere eingepflegt wurde. Zurück im Seminarraum. Eine Studentin, die die Entschuldigung nicht gelesen hat, meldet sich zu Wort und sagt: „Professor, wenn wir uns für etwas entschuldigen, das nur ein normaler Krieg [casual war] war, aber definitiv kein Genozid, dann fangen sie an Geld und Territorium zu fordern. Wir können und sollten das nicht tun!“ Dann erzählt sie von ihrem Großvater, einem Soldaten und seinen furchtbaren Erlebnissen im Vernichtungskrieg gegen die Armenier, woraufhin unsere Professorin ihrerseits von Verwandten und Bekannten und ihren furchtbaren Erlebnissen im Krieg gegen Griechen und Gruppen vom Balkan berichtet und dann sagt: „Jeden Tag sterben Menschen in dieser Welt. Wer entschuldigt sich dafür, sie getötet zu haben?“. Damit ist die Diskussion beendet. Vielleicht dauert es noch weitere 100 Jahre, bis dieses Thema auch an türkischen Privatunis diskutiert werden kann.

Vorgestern war ich mit meinem Freund das erste Mal im kleinen Büro der türkischen Grünen Partei, die erst vor ein paar Monaten gegründet wurde. Als wir gehen wollten, kam eine Frau schrei-

end in den Raum gerannt. In ihren Augen Verzweiflung, Wut, Hoffnungslosigkeit. Wie sich herausstellte, hatte sie soeben erfahren, dass das türkische Innenministerium „höchstpersönlich“ die Website der oben beschriebenen ArmenierInnen-Petition gehackt hatte und nun frei über deren Inhalt und (Nicht-)Weiterverbreitung verfügen kann. Ob jetzt Tausende mit Hilfe des § 301 wegen „Verunglimpfung des Türkentums, des Staates und seiner Organe“ (das türkische Pendant zum deutschen § 129a) angezeigt werden, wie bereits 462 Personen, inklusive den *Youtube*-Betreibern (2), dieses Jahr vor ihnen? Würde sich dann vielleicht etwas tun in der morschen, von Tabus durchzogenen Gesellschaft der Türkei, in der nicht nur kritische Journalisten ihre Nachrichten zwischen den Zeilen vermitteln müssen und täglich um Job und Leben bangen?

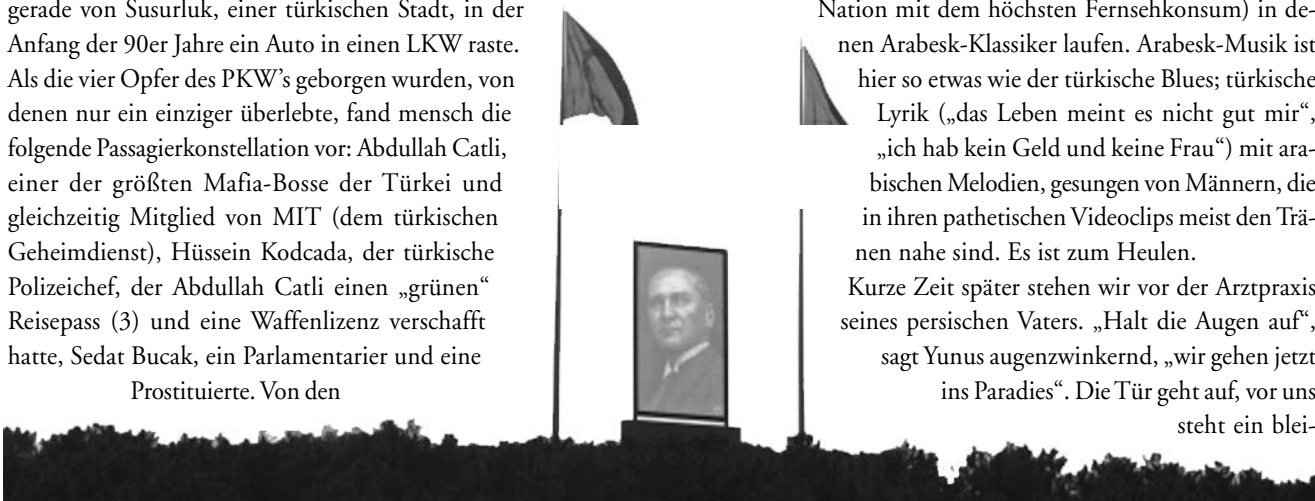
Es ist Mittagspause. Ich gehe mit einem Freund in die Mensa, die original aussieht wie ein *Burger King*-Ableger. An den Wänden hängen riesige LCD-Flachbildschirme, es läuft Werbung und MTV. Wir tratschen und lästern über die verwöhnten, handtäschenschwingenden Kids der *Yeditepe*, die den Campus leidenschaftlich gerne mit einem Laufsteg verwechseln. Mensch versucht sich abzugrenzen. Ich gehe auf die Toilette und versuche mir einen Weg durch die Massen von sich eindeodorierender und Lippenstift nachziehender Mädels zu bahnen. An der Wand hängt eine Haarglätmaschine. Für umgerechnet 50 Cent kann sich frau hier ihre Wellen aus der Frisur bügeln.

Wir haben „Politische Anthropologie“, ein Lichtblick am grauen Horizont, denn unsere Professorin ist ein wahres Goldstück und im Gegensatz zur Leiterin des Instituts ist ihr sehr viel an kritischem Denken gelegen und sie gibt einen feuchten Dreck darauf was „die *Yeditepe* sagt“. Sie ist Türkin mit griechischem Hintergrund, ist mit einem Italiener verheiratet, forscht seit Jahren über Zypern und die zypriotische Diaspora und hat an der *London School of Economics* gelehrt, bevor sie von Heimweh getrieben wieder nach Istanbul zurückgekommen ist. Wir lesen Foucault, Gramsci, Hobsbawm, ••ek und Arextaga, lernen u.a. was der türkische „Sub-Staat“ ist, welche prominente Rolle das Militär hier spielt und mit welchen Instrumentarien ein Staat seine Leute an sich bindet und kontrolliert. Es ist eines dieser seltenen Seminare, in denen mensch sich von Geistesblitzen getroffen der Erleuchtung nahe wähnt. Ein Rausch. Unsere Professorin erzählt gerade von Susurluk, einer türkischen Stadt, in der Anfang der 90er Jahre ein Auto in einen LKW raste. Als die vier Opfer des PKW's geborgen wurden, von denen nur ein einziger überlebte, fand mensch die folgende Passagierkonstellation vor: Abdullah Catli, einer der größten Mafia-Bosse der Türkei und gleichzeitig Mitglied von MIT (dem türkischen Geheimdienst), Hüsein Kodcada, der türkische Polizeichef, der Abdullah Catli einen „grünen“ Reisepass (3) und eine Waffenlizenz verschafft hatte, Sedat Bucak, ein Parlamentarier und eine Prostituierte. Von den

genannten vier überlebte nur der Parlamentarier, dessen Familienclan in den darauf folgenden Wochen von Horden Journalisten von seinem Krankenbett fernhielt. Die Journalisten, die nach monatelanger Recherche über den Fall, der sicherlich für das zynische Verhältnis der Bevölkerung zu ihrem Staat mitverantwortlich ist, einschlägige Informationen sammeln konnten, wurden über kurz oder lang von „Unbekannten“ getötet. Ich schaue aus dem Fenster und denke daran wie ironisch Atatürks Leitspruch für „seine“ Türken unter diesen Umständen anmutet: „Ne mutlu Türküm diyene“ (Wie glücklich ist jemand, der sagen kann er ist ein Türke). Mein Blick fällt auf den Gipfel eines Berges (ein recht ungewöhnlicher Anblick in Istanbul), der gleich neben unserem Campus thront. Auf dem Berg steht ein Strommast. Daneben weht eine überdimensionale türkische Flagge (ein recht gewöhnlicher Anblick in Istanbul). Neben der Flagge ist ein überdimensionales Portrait Atatürks installiert, das den Strommast an Größe übertrifft. Die Türkei (die Mutter), und ihr Staat (der Vater) stehen an oberster Stelle, über ihr steht Atatürk (der Übervater), darüber gibt es nur noch Himmel und Allah.

Die Schule ist aus und mein Kopf voll. Vor dem Eingang wartet Yunus, ein kurdischer Freund, der mich heute seinem Vater vorstellen will. Wir brausen mit seinem Motorrad Richtung Maltepe, einem Viertel auf der asiatischen Seite. Auf der Schnellstraße fahren wir durch das Meer roter Rücklichter, zwischen denen waghalsige Blumen- und Sesamkringelverkäufer ihre Produkte feilbieten. Zwischen den laufenden Motoren mutieren ihre Rufe zu stummen Schreien. Es riecht nach Feuer und Abgasen, die konturlosen Hochhäuser flimmern wie Geister in der Luft. Yunus balanciert sein Motorrad virtuos wie ein Seiltänzer durch den stehenden Verkehr und kommt mir in diesem Moment vor wie ein apokalyptischer Reiter. In „Wahrheit“ ist er Notfallapotheken-Schildaustauscher und verdient dabei sehr wenig. Das macht ihm nichts aus, sagt er, denn er lebt gerne wie ein „cingene“ auf der Straße, pennt mal hier, mal dort und kann sich auf eine Reihe guter Freunde verlassen. So wie auf den Waschmaschinenverkäufer, vor dessen Laden wir jetzt halten und der ihm auf einen Scherz hin einen 50 Lira-Schein in die Hand drückt. Wir gehen Köfte essen. Im Lokanta hängen die obligatorischen Fernseher (die Türken sind weltweit, nach den US-Amerikanern, die Nation mit dem höchsten Fernsehkonsum) in denen Arabesk-Klassiker laufen. Arabesk-Musik ist hier so etwas wie der türkische Blues; türkische Lyrik („das Leben meint es nicht gut mir“, „ich hab kein Geld und keine Frau“) mit arabischen Melodien, gesungen von Männern, die in ihren pathetischen Videoclips meist den Tränen nahe sind. Es ist zum Heulen.

Kurze Zeit später stehen wir vor der Arztpraxis seines persischen Vaters. „Halt die Augen auf“, sagt Yunus augenzwinkernd, „wir gehen jetzt ins Paradies“. Die Tür geht auf, vor uns steht ein blei-



cher Mann (Yunus selbst hat die dunkle Haut seiner kurdischen Mutter), in weißem Kittel, der zwei Köpfe größer ist als Yunus. „Hosgeldiniz, kommt rein“, sagt er und strahlt wie der Weihnachtsmann höchstpersönlich. Wir treten ein – ins Paradies. Der lange Flur ist gesäumt von Plastikblumen in den schillernden Farben des Regenbogens. Auf einem kleinen goldenen Tischchen steht ein auf alt gemachtes Telefon aus silbernem Plastik, das an ein leuchtendes Aquariumsäulenimitat angeschlossen ist, in dem Plastikfische schwimmen. Er bittet uns in den Salon, aus dem klassische Musik kommt. Wir nehmen auf der knallvioletten exquisiten Polstercouchgarnitur Platz. Auf der anderen Seite des Raumes steht eine Staffelei, auf der ein Riesenbild eines anonymen Babys thront. An den Wänden hängen kitschige Birken Gemälde. Der Doktor kommt in den Raum geeilt, serviert uns Kaffee, Sahnekuchen und gefüllte Weinblätter. „Sie haben aber viele Blumen“, sage ich, weil mir grade nichts Blöderes einfällt. „Ja, das ist persische Kultur, wir haben einen Sinn für das Schöne“, sagt er, schaltet die Musik aus und bedient einen Apparat, aus dem künstliches Vogelzwitschern trällert. „Ach so“, antworte ich, „ich dachte immer die persische Kultur ist berühmt für ihre Lyrik“. Bei dem Stichwort steht er auf und bringt mir ein Buch, aus dem er handgeschriebene persische Liebesgedichte rezitiert. Dann fragt er, ob ich gerne in die Disco gehe. Als ich bejahe, schaltet er die Vögel aus und steht jetzt mit der Fernbedienung vor seinem Plasmabildschirm, legt Trance-Techno ein und fordert mich zum Tanzen auf. Fassungslos ob der absurden Situation lehne ich lachend ab. Das scheint ihn nicht weiter zu stören und er fängt an wie ein 20-jähriger das Tanzbein zu schwingen, bewegt den Kopf im Takt der monotonen Beats. Wenn er mir später nicht den Operationsraum seiner Praxis (er ist Internist), den Schrank mit chirurgischen Instrumenten und das Wartezimmer gezeigt hätte, ich hätte nicht geglaubt, dass ich mich in einer Arztpraxis befinde. Höchstens bei einem durchgeknallten Psychiater, dessen Patienten durch die paradiesische Aura seiner heiligen Hallen geheilt werden. Irgendwie fühle ich mich erstaunlich frisch, als wir seine Praxis verlassen.

Um 22:00 bin ich in Taksim zum Abendessen verabredet. Als ich die Istiklal-Cadessi (sowas wie der Istanbuler Kuhdamm) betrete, sehe ich, wie vorwiegend männliche Studenten von Polizisten kontrolliert werden. Alexis lässt grüßen. Die Studenten-Proteste in Griechenland, die dem Tod des 15-jährigen Alexis folgten, der unlängst in Athen von den Kugeln so genannter Sicherheitsbeamter tödlich getroffen wurde, lösen Panik beim türkischen Staat aus. Kontrollen unter Studenten werden verschärft durchgeführt, denn KritikerInnen werden nicht geduldet. 1984 im Jahr 2008.

Vor einigen Wochen wurde ein junger Mann auf der Straße verhaftet. Er war Mitglied einer linken Organisation und verteilte Flyer, die auf den Fall seines im vorigen Jahr gefolterten Freundes aufmerksam machten. Sein Freund hatte damals wie er selbst Flyer verteilt, um auf den desolaten Zustand der Meinungsfreiheit in der Türkei aufmerksam zu machen. Er wurde daraufhin von so genannten Sicherheitsbeamten in Gewahrsam genommen, gefoltert und ist seitdem querschnittsgelähmt. Sein Freund, der

den Fall seines Freundes nun kürzlich bekannt machen wollte, wurde seinerseits ebenfalls während der Gewahrsamnahme gefoltert. Nach einigen Tagen erlag er seinen Kopfverletzungen und starb. Allein in diesem Jahr sind bereits fünf Minderjährige durch Schusswaffen der Polizei in der Türkei ums Leben gekommen – abseits massenmedialer oder internationaler Wahrnehmung. Wenn ich die „Robo-Cops“ mit ihren gezückten abschlussbereiten MG's sehe, wie sie vor der Moschee posieren, den Finger immer am Abzug, spüre ich ernsthafte Aggressionen in mir aufsteigen.

„Ein Land zwischen Tradition und Moderne“, heißt es sooft in deutschsprachigen Medien über die Türkei, die den Nahen Osten mit Europa verbindet. Aber wo ist die von Atatürk und seinen kemalistischen NacheiferInnen so hochgepriesene Moderne? Wird sie von den technoiden „Robo-Cops“ verkörpert? Stakt die Moderne auf der Istiklal Cadessi, der Konsum- und Partymeile Istanbul, in Minirock und Highheels ohne den geringsten Plan, was außer Minirock und Highheels noch modern sein könnte? Sitzt die Moderne in der Cafeteria auf unserem Campus vor dem LCD-Flachbildschirm und zockt Playstation während der Pause? Arbeitet sie in Etiler in gläsernen Hochhäusern und verabredet sich abends im avantgardistischen Kosmopolitenviertel auf Sushi und italienischen Weißwein und redet über die furchtbaren Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise? Und die Tradition, wo ist die Tradition? Wartet die Tradition in den heruntergekommenen Vierteln von Tarlibasi oder Sulukule auf den Abriss ihrer „illegalen“, selbst gebauten Häuser? Feiert die Tradition mit einem ungeheuerlichen Aufmarsch an Sicherheitskräften den Tag der Unabhängigkeit von den Alliierten? Liegt die Tradition in Form einer traditionellen ^lvar-Hose im Regal eines Textilienverkäufers – made in China? Oder spielt die traditionelle Musik etwa in einer der unzähligen türkischen Bars, in denen sie auch Champagner reichen, weil man ja seinen fremden Gästen was bieten muss?

Die Türkei (oder zumindest die wenigen Teile, die ich bislang kennen gelernt habe) ist mehr als nur eine gespaltene Gesellschaft. Sie ist zersprungen, wie die unzähligen Teile eines gebrochenen Spiegels und sie ist schizophren. Mit Sicherheit wird es noch eine Weile dauern, bis ich hier durchsteige – durch das Minenfeld der tabuisierten Diskurslandschaft, durch die 1001 Widersprüche, durch die abermillionen Details, durch die Sprache der Straße und die der Hochschule. Aber ich bin zuversichtlich. Die Rampen und Schlaglöcher des Alltags machen mich vertraut mit dieser Welt. Und ich habe ein paar wichtige Gefährten gefunden: eine super-knorke Mitbewohnerin, eine geniale türkischen Ersatzfamilie und süperbe Freunde aus allen Himmelsrichtungen. Alles wird gut. Inshallah.

Klara Fall

- (1) Sie argumentieren, dass die Türkei erst 1923 gegründet wurde und daher auch als Land mit dem Massaker gar nichts zu tun haben kann.
- (2) Seit März 2008 ist *Youtube* landesweit gesperrt, nachdem Videos hochgestellt wurden, die den Staatsgründer Atatürk beleidigten. Es ist die dritte und längste Vollsperrung der Plattform.
- (3) Ein Dokument für Privilegierte, wie Beamte, Lehrer und andere Staatsdiener, der eine reibungslosere und einfachere Einreise in die verse Länder ermöglicht, einschliesslich Deutschland.

Vorabdruck: **ASBO. Die Gesellschaft existiert**

Im Folgenden drucken wir vorab einen Aufsatz aus dem von der *Leipziger Kamera* herausgegebenen Buch „Kontrollverluste. Interventionen gegen Überwachung“, das Anfang März im Unrast-Verlag erscheint. Wer nach der Lektüre Lust auf mehr verspürt, sollte unbedingt Ausschau halten.

Wir werden im Folgenden Kontrollstrategien des öffentlichen Raums am Beispiel Großbritanniens vorstellen und diese Maßnahmen im Zusammenhang mit der sozialstaatlichen Regulierung von Kindheit und Jugend kritisch analysieren. Im Zentrum stehen dabei das Instrument des *Anti-Social-Behaviour-Order* (ASBO) und begleitende Techniken der Überwachung, welche zusammen mit einschlägigen Programmen aus dem Umfeld von *New Labour* ein deutliches Beispiel für den gegenwärtigen Umgang mit Phänomenen von Devianz und sozialer Abkopplung darstellen. Sie arbeiten im Kern mit zwei Strategien: einerseits mit der Anrufung selbstverantwortlicher, für ihr eigenes Glück verantwortlicher Subjekte; andererseits mit Strafmaßnahmen für diejenigen, welche nicht gewillt oder nicht mehr fähig sind, ihre Eigenverantwortlichkeit im Sinne mehrheitlicher Normen oder gesellschaftlicher Produktivität zu nutzen.

»Everyone can change - if people who need help will not take it, we will make them«

Die Realität sozialen Ausschlusses kehrt in der Angst vor dem Ausgeschlossenen wieder, das als Folge eben solcher Abkopplung ein bedrohliches Eigenleben zu führen scheint. Kinder und vor allem Jugendliche, die in ihrem prekären Status als Noch-nicht-Erwachsene ohnehin ein höheres Maß an sozialer Ortlosigkeit mit sich bringen, geraten dabei, medial unterstützt, zu einer sowohl gefährdeten als auch gefährdenden Gruppe, welche die volle staatliche Aufmerksamkeit verdient. Aufschlussreich ist die doppelte Gefahrenperspektive, welche das Thema nicht nur in Großbritannien durchzieht. Auf der einen Seite existiert eine verbreitete Angstphantasie bezüglich gefährdeter Kindheit, vor allem im Hinblick auf extreme Vernachlässigung und sexuellen Missbrauch. Darin verdichtet sich das Bild des Kindes als ein noch unmündiges und ausgeliefertes Subjekt, das um seines eigenen Wohles willen Führung, Kontrolle

und Hilfe benötigt. Die gegenläufige Perspektive stellt Kinder und Jugendliche als Agenten einer Gefährdung vor: Durch Vernachlässigung und Nicht-Integration werden sie zu anomischen und riskanten Subjekten, in ihrer Unmündigkeit sich selbst ausgeliefert, medial mitunter als *kids from hell* apostrophiert. Der Mord von zwei 11-Jährigen an dem zweijährigen Kleinkind James Bulgar 1993 nahe Liverpool integriert beide Phänomene und galt der späteren Labourregierung als stete Referenz in der Rechtfertigung ihrer Politik gegen »antisoziales Verhalten«.

Beide Aspekte verweisen auf das Problem der Führung: Die wahrgenommenen Mängel der Selbstführung – sie »führen sich auf« – markieren die Notwendigkeit der Außenführung. Das Problem der Führung und damit der Machtbeziehungen setzt stets »freie Subjekte« voraus, die einem Feld mehrerer möglicher Antwort- oder Handlungsmöglichkeiten gegenüber stehen. Genau diese Dimension steht im Zentrum vieler staatlicher Anrufungen, welche sich um das Thema bemühen: »Everyone can change«, lautet ihre kürzeste Zusammenfassung, das Ziel in ebensolcher Prägnanz, aus dem Grundsatzpapier »Every Child Matters: maximise their potential«.

Die Auseinandersetzung mit sozialem Ausschluss und daraus resultierender Armut zielt darauf, die Betroffenen als freie Subjekte zu markieren, denen es immer offen stehe, sich und ihr Dasein zu ändern. Weil diese Zuschreibung jedoch die Verantwortlichkeit nur an die Betroffenen adressiert, werden diese zusätzlich mit Angeboten bedacht, welche eine grundsätzliche Hilfsbereitschaft der Gemeinschaft suggerieren. Solche Maßnahmen werden jedoch sowohl von überwachender Kontrolle ihrer Wahrnehmung als auch von entsprechenden Sanktionen bei ihrer Ablehnung abgesichert. So finden etwa Elternschulungsprogramme in so genannten *Children Centers* statt, welche im Rahmen des *Sure Start*-Programms in deprivierten Stadtvierteln eingerichtet wurden. In diesen Centern werden Sozial- und Arbeits-

vermittlungsangebote konzentriert, zu deren Inanspruchnahme die »Kunden« jedoch individualisierte »Kooperationsverträge« abschließen, welche die Grundlage für eine fortdauernde Beobachtung und Kontrolle der Anstrengung der hilfsbedürftigen Vertragspartner_innen bilden. Mangelndes Engagement bzw. Nichteinhaltung der Verträge kann dabei zum Entzug von Sozialleistungen führen. Das bedeutet, dass gerade diejenigen, denen gesellschaftliche Teilhabe und entsprechender eigenverantwortlicher Umgang damit fehlt, zu Objekten einer forcierten staatlichen Kontrolle werden, die Unmündigkeit systematisch fortschreibt.

»No more Excuses«

Diese Problematisierung von Kindern und Jugendlichen im oben beschriebenen Spannungsverhältnis rückte ins Zentrum der Politik von *New Labour*. Dass in den neunziger Jahren ein Rückgang der Kriminalität in beinahe allen Bereichen festzustellen war, hatte kaum einen Einfluss auf die konstant hohe »gefühlte Unsicherheit« der Mehrheit der britischen Bevölkerung. Im Vorwort des britischen Weißbuches zur Jugendkriminalität »No more excuses« von 1997 kündigte der damalige Innenminister Jack Straw eine Kehrtwendung zur Bekämpfung von Jugendkriminalität an: In der Jugendjustiz hätte esich »eine Kultur der Ausreden« etabliert, in der Vergehen von Kindern und Jugendlichen durch die »sozialen Umstände« entschuldigt würden. Der Begriff »antisoziales Verhalten«, der zum Schlagwort Blairscher Law-and-Order-Politik werden sollte, erscheint erstmalig im darauffolgenden Jahr im *Crime and Disorder Act*, definiert als: »Behaviour, which causes or is likely to cause harassment, alarm or distress«. Auf Grund der Dehnbarkeit dieser Minimaldefinition war das *Home Office* gezwungen, konkrete Aktionen zu benennen, welche als antisozial gelten: Lärm, Beleidigungen, Graffitis, Trunkenheit in der Öffentlichkeit, Belästigungen durch Haustiere sowie Vandalismus gehören dazu. Kleinere Nachbarschaftsstreitigkeiten, einmalige Fälle von Intoleranz und

›Andersein‹ allein würden dagegen nicht ausreichen. *New Labours* bewusster Perspektivwechsel hin zu den Betroffenen, zu den Opfern von ›petty crimes‹, zur lokalen Zelle der Gemeinschaft gründet auf der philosophischen Tradition des Kommunitarismus. Gegen neoliberale Positionen wie die von Margaret Thatcher (»*There is no such a thing as society, there are individual men and women, and there are families.*«) und gegen wohlfahrtsstaatliche ›Rundumversorgung‹ wird der berühmte ›Dritte Weg‹ proklamiert, der die lokale Gemeinschaft als zentralen Akteur in den Mittelpunkt rückt. Ein Weg, der soziale Verantwortung über individuelle Rechte stellt. Paradigmatisch ist Tony Blairs Deutung: »*A decent society is not based on rights; it is based on duty ... Our duty to one another ... To all should be given opportunity; from all, responsibility demanded.*« Dieser Rückgriff auf ethische und moralische Grundsätze etabliert einen neuen Nachbarschaftsraum, in dem Höflichkeit, Respekt und Anstand verordnet und reguliert werden.

Der ASBO -

›Anti-Social Behaviour Order‹

Als Gesicht dieser Techniken wurde 1999 der *Anti-Social Behaviour Order* (ASBO) eingeführt. Das durch ihn verfolgte ›antisoziale Verhalten‹ liegt seither in einem problematischen Spannungsfeld zwischen Ordnungswidrigkeit und Straftat. ASBOs können generell für »*criminal and sub-criminal activity*« (Burney 2002, 474) verhängt werden. Das heißt, den Gegenstand eines ASBO können auch durchaus Verhaltensweisen bilden, die keineswegs Straftatsbestände sind: letztendlich alles, was als ›unangemessen‹ empfunden wird oder gegen einen vagen moralischen Konsens bzw. den häufig bemühten Maßstab des *common sense* verstößt. Die juristische Tücke liegt darin, dass der ASBO somit eine Brücke darstellt, welche abweichende, ›sub-kriminelle‹ Verhaltensweisen indirekt in vollgültige Straftatsbestände umwandelt. Den Beschuldigten wird zunächst auferlegt, das im ASBO benannte antisoziale Verhalten einzustellen. ASBOs enthalten konkrete Verbote und sind oft mit Platzverweisen (Minimum: zwei Jahre) verbunden. Jeder Verstoß gegen die Auflagen eines ASBO ist jedoch eine volle Straftat. ASBOs werden von der Polizei oder den kommunalen Verwaltungen beantragt und vom Gericht aus-

gestellt, doch entspricht die notwendige Beweisdichte für die Verfügung eines ASBO nicht der eines üblichen Strafverfahrens. Beschwerden können anonym über Hotlines eingereicht werden. Oft werden Fotos der Beschuldigten (mit Namen und Adresse) sowie den Auflagen in Schaukästen, auf Plakaten an Bussen oder im Internet veröffentlicht. Die Praxis des Anprangerns ist vom britischen *Home Office* gewollt; zum einen soll die eigene Aktivität unter Beweis gestellt werden, zum anderen die Öffentlichkeit dazu angehalten werden, bei der Kontrolle über die Einhaltung des ASBOs mitzuhelfen. Die Durchsetzung des ASBO zeigt auch dessen wirkmächtige sozioökonomische Dimension. Seine primäre Zielgruppe sind sozial Benachteiligte sowie Kinder und Jugendliche. So lebten etwa 85 Prozent derer, gegen die 2004/2005 in Schottland ein ASBO verhängt wurde, in Sozialwohnungen. Antisoziales Verhalten wird von der großen Mehrheit vor allem mit ›herumlungernenden Jugendlichen‹ assoziiert. Das *Home Office* riet den Behörden zwar davon ab, ASBOs an Jugendliche unter 18 Jahren zu verhängen, doch dies lief der öffentlichen Stimmung in den Kommunen zuwider. Mittlerweile geht jeder zweite ASBO an Kinder und Jugendliche zwischen 10 und 17 Jahren und knapp drei Viertel der Verweise an unter 21-Jährige. Der ASBO ist auch deshalb so populär, weil er erlaubt, gegen vielerlei Arten von subjektiv empfundenen Belästigungen vorzugehen. Er wird auch dazu benutzt, um öffentliche Räume von Bettlern, Alkoholiker_innen, Prostituierten und nichtkonformen Subkulturen ›zu säubern‹. Aufgrund der willkürlichen Definition antisozialen Verhaltens kommt es zwangsläufig nicht nur zu missbräuchlichen, sondern auch zu absurden Fällen. So wurde einer selbstmordgefährdeten Frau verboten, sich in die Nähe von Brücken, Flüssen und mehrstöckigen Parkhäusern zu begeben. Es wurde Leuten untersagt, sich nur in Unterhose bekleidet im eigenen Garten zu sonnen. Kinder durften auf der Straße nicht mehr singen oder das Wort Gras öffentlich aussprechen. Die verkündete Absicht, dem ›antisozialen Verhalten‹ an den Wurzeln zu begegnen, führt damit zu einem Blick auf Kinder und Jugendliche, der jegliche Anzeichen von Devianz als Symptome eines künftigen Übels zu lesen gezwungen ist. Weil sie im

Werden begriffen sind, stellen Kinder und Jugendliche das genuine Objekt präventiver Taktiken dar, die ihre Legitimität aus den Risiken einer befürchteten Zukunft schöpfen, die *noch* nicht eingetroffen ist. Um solche Zukunft aus dem Kaffeesatz der Gegenwart zu lesen und gegebenenfalls abzuwenden, braucht es offenbar die flächendeckende Überwachung des Jetzt. Die Angst vor der Jugend oder auch die Sorge um sie ist damit an eine Angst vor Zukünftigem gekoppelt – und Angst ist das eigentliche Ziel und Medium im Kampf um das ›soziale Verhalten‹. Und weil aus den kleinen Abweichungen die großen Gefahren werden können, wird der Schluss gezogen, dass letztlich keine geringfügigen Vergehen existieren.

Rebelland

Durch die mediale Repräsentation des ASBO als ultimative Lösung des Problems ›nichtnormalen‹ Verhaltens eröffneten sich gleichzeitig Räume für Kritik und mannigfaltige kulturelle Aneignungen. Zum einen wird der ASBO inzwischen von vielen Jugendlichen als Ehrentitel verstanden. Das Sammeln von ASBOs erhöht das eigene soziale Kapital – die ›*street credibility in the (neighbour)hood*‹. Gleichzeitig wurden Initiativen für bzw. wider den ASBO gegründet. So verleihen die britischen Aktivisten von Schnews auf ihrer Webseite einen *crap asbo of the month*. Kein Geschenkeladen in Großbritannien ohne käuflich zu erwerbende ASBOs fürs schlechte Tanzen oder die schlechteste Frisur. Die Debatte um sozial akzeptierte Verhaltensweisen, das damit einhergehende ›*Policing*‹ von Subkulturen und vor allem die Fokussierung auf das Einhegen von Symptomen ohne eine tiefere Ursachenanalyse wurde zum Anlass für vielfältige künstlerische Interventionen wie Musiktitel oder sogar Theaterstücke. So gibt es einerseits Projekte, die darauf abzielen, den ›*ASBO kids*‹ eine Stimme zu geben und sie jenseits ihrer üblichen Identifikation sowohl in ihrer Bedingtheit als auch in ihrer Individualität und Widerständigkeit sichtbar zu machen. Die in Schottland lebende Künstlerin Maayke Schurer begab sich mit ihrer Kamera in Glasgows Außenbezirke auf die Suche nach den primären ›Zielgruppen‹ für *Anti-Social Behaviour Orders* und versuchte einen Blick zu eröffnen, der weder

die tradierte Perspektive des Voyeurismus teilt noch die üblichen Bilder der Überwachung verdoppelt. Ähnlich, aber in seiner Arbeit *Rebelland* weiter ausholend, lässt der Glasgower Künstler Anthony Schrag Vorstadtkids ihre Alltagserfahrungen in der *neighbourhood* in Bezug zu Territorium, Selbstwertgefühl und ökonomischer Situation beschreiben und verwandelt in seinen daraus resultierenden Dokumenten die prekarierten Nachbarschaften in seltsam lebendige Bruchzonen einer ungleichen wie auch ungleichzeitigen Gesellschaft. Neben diesen Versuchen einem staatlichen, auf Devianz und Kontrolle zielenden Blick mit alternativen Zugängen zu begegnen, existieren auch Wege einer direkteren Auseinandersetzung. In offener Konfrontation mit autoritären Facetten der britischen *Criminal Justice Bill* organisieren Künstler des Londoner Goldsmiths College öffentliche Guerilla-Parties im Stil von Flashmob-Performances. In einer beispielhaften Aktion verweisen sie deutlich auf die unterschiedlichen Maßstäbe, die bei der Durchsetzung der ›öffentlichen Ordnung‹ angewandt werden, etwa bei der musikalischen Beschallung des öffentlichen Raums. So existieren zur Unterbindung der kriminalisierten Raves Verbote des öffentlichen Abspielens ›repetetiv geprägter‹ Musik und des begleitenden Tanzens. Mitten in London beschallt jedoch ein großes Musikkauflhaus seine Innenräume und die Außenflächen großzügig mit ebensolcher Unterhaltungsmusik. Dieses musikalische Angebot an die Jugend maximal nutzend, organisieren sie in eben diesem quasiöffentlichen Bereich der städtischen Konsumsphäre einen ›spontanen‹ Rave, bei dem sie im und am Musikkauflhaus kollektiv der Aufforderung der Musik folgen und gemeinsam in plötzliche Rave-Ausgelassenheit verfallen, mit dem erklärten Ziel einen ASBO-Rekord aufzustellen. Der Bruch mit der impliziten öffentlichen Ordnung erfolgt durch das konsequente Ernstnehmen der hegemonialen musikalischen Anrufung aus den Lautsprechern des Kaufhauses, seine Jugend bitteschön unbekümmert und vergnügungsorientiert zu nutzen.

»And for me, one question above all – where were the parents?«

Die weitreichende Kritik an Praktiken wie

der Kriminalisierung nichtkriminellen Verhaltens, öffentlichen Denunziationen und der damit einhergehenden Stigmatisierung sowie die Diskussion über die Wirksamkeit der ASBOs – immerhin wird jeder zweite gebrochen – haben innerhalb der britischen Regierung zu einer Verschiebung der Techniken geführt. Die vielfältigen Sanktionsmöglichkeiten des ASBO gegenüber auffälligen Jugendlichen werden zurückgenommen, zugunsten von stärker familienorientierten Maßnahmen wie den *Parenting Orders*, zwangsweisen Verpflichtungen zu Elternschulungsprogrammen in den bereits erwähnten *Children Centers*. Gleichzeitig verschiebt sich die Aufmerksamkeit von der Logik des Strafens hin zu Formen des Vertrags, sodass das äußerliche ›Anti‹ zurückgeht und Platz macht für einen vertragsförmigen Zwang zum Sozialen, wie etwa den *Acceptable Behaviour Contracts*. Im Kampf gegen das ›antisoziale‹ Verhalten wird damit erneut sichtbar, dass dieser vor allem Rang und Bedeutung des Sozialen selbst verhandelt – die soziale Bindung und ihre Anforderungen werden keineswegs mehr als bereits gegeben angesehen, sie müssen offenbar erst in unmittelbarer Vertragsgestalt festgestellt werden, um anschließend eingefordert werden zu können. Diese individualisierten Zwangsverträge stellen somit eine bittere Parodie der Idee des ›Gesellschaftsvertrags‹ dar, die das gesellschaftliche Verhältnis selbst zum Objekt einer staatlichen Disziplinarmaßnahme machen. Die andere Seite dieser strategischen Neuausrichtung besteht in deutlich intensivierten Maßnahmen zur Verfolgung der notorisch Devianten. Innenministerin Jacqui Smith lobt die ›neuen Instrumentarien‹, allen voran die *Anti-Social Behaviour Action Squads*. Innerhalb der von der Polizei in Essex ins Leben gerufenen Operation Leopard werden unter anderem die ›trouble-makers‹ zurückschikaniert und einer permanenten Kontrolle unterzogen: *»where those responsible for anti-social behaviour have no room for manoeuvre and nowhere to hide, where the tables are turned on offenders so that those who harass our communities are themselves harried and harassed«*.

Die Teams sollen nicht nur regelmäßig die Jugendlichen anhalten und durchsuchen dürfen, sondern sollen sie auch zu Hause aufsuchen und filmen. Diese Einschüchterungsstrategie stoppt nicht beim Unterbin-

den von bestimmten – als antisozial empfundenen – Handlungen, sondern kümmert sich um die Frage nach dem Charakter des Subjektes. Gleichzeitig erinnert die Vokabel vom *nowhere to hide* an das Leitmedium dieser Anstrengungen des paradoxen Zwangs zur sozialen Selbstverantwortlichkeit: die Überwachung des öffentlichen Raums bzw. die Aufhebung des privaten. Dahinter scheint die Überzeugung zu stehen, dass die Herstellung von Sichtbarkeit, ja der permanenten Möglichkeit des Gesehenwerdens eine unerlässliche Bedingung für adäquate Selbstführung bildet. Die Möglichkeit des Unsichtbarwerdens markiert damit die Grenze einer unsicheren Gesellschaft, in der Mechanismen der Kontrolle die erodierende Disziplin stützen sollen. Der technisch installierte Blick überwacht auf der untersten Stufe seiner Wirksamkeit also keineswegs die Einhaltung konkreter existierender Normen, in seiner Form als verallgemeinerter Blick des Anderen erinnert er zunächst an die offenbar alles andere als selbstverständliche Tatsache, *dass Gesellschaft existiert*. Diese Mahnung deutet auf den Kern der Besorgnis um das ›antisoziale Verhalten‹ hin, nämlich die Angst vor risikant individualisierten Subjekten, deren Sozialisierung nunmehr in der Einübung von Selbstbehauptungs- und Überlebens-taktiken besteht, die jenseits von Moralität oder Legalität angesiedelt sind. Daher rühren die so vehement vorgetragene Anrufungen der elementaren Gemeinschaften: der Familie und der Nachbarschaft. Dass alle noch so pragmatisch und gewissenlos ›Ego-taktierenden‹ keineswegs in einem unerreichbaren Jenseits des Sozialen existieren, sondern ganz im Gegenteil um so unvermittelter das Resultat gesellschaftlicher Bedingungen sind, ist nur eine Tatsache, die das Schlagwort des Antisozialen und der daran gekoppelte Lobpreis der Gemeinschaft systematisch ausblenden.

Florian Hessdörfer & Jan Bachmann

weitere Literatur

Elizabeth Burney, *Talking Tough, Acting Coy. What happened to the ASBO?* The Howard Journal 41 (5), 2002, S. 469-484
 Scott Collins, Rebecca Cattermole, *Anti-Social Behaviour. Powers and Remedies*, London, 2004
 John Flint, Judy Nixon, *Governing Neighbours. Anti-Social Behaviour Orders and New Forms of Regulating Conduct in the UK*, Urban Studies 43 (5/6), 2006, S. 939-955

Knietief im Diskurs

Peter Ullrich: „Die Linke, Israel und Palästina. Nahostdiskurse in Großbritannien und Deutschland“, Karl Dietz Verlag 2008

Über das Verhältnis der Linken zu Israel und Palästina und dem Nahostkonflikt sind gerade in Deutschland schon viele Bücher geschrieben worden. In der Regel waren diese selbst Produkte der von den „Antideutschen“ losgetretenen Debatte, die die deutsche Linke in den letzten Jahren (seit 2001, um genau zu sein) spaltete wie keine andere. Peter Ullrich ist als politischer Aktivist in der linken Szene involviert (er ist u.a. bei der *Leipziger Kamera* aktiv), er kennt also nicht nur den „objektiven“ Blickwinkel des außenstehenden Wissenschaftlers. Dennoch und gerade deshalb unternimmt er in seiner 2008 als Buch erschienenen Doktorarbeit „Die Linke, Israel und Palästina“ den Versuch, die Debatte im Ganzen darzustellen und die Faktoren aufzuzeigen, die dieser ihre besondere Dynamik verliehen (und immer noch verleihen) – die kulturellen Prägnanzen der Akteure und die „diskursiven Gelegenheitsstrukturen“, auf die sie sich beziehen. Um die Spezifik der Diskussion in der (anti)deutschen Linken in den Blick zu bekommen, stellt er dieser innerhalb der britischen Linken geführten Diskurs gegenüber.

Dabei wird schnell deutlich, wie groß die Unterschiede sind. So wurde die Debatte hierzulande vor allem in Bezug auf den Nationalsozialismus und die Shoah hef-

tig geführt. Die auch in der deutschen Linken lange Zeit vorherrschende Identifikation mit den Palästinenser_innen (als Opfer der israelischen Besatzung und als „antiimperialistische“ nationale Befreiungsbewegung) wurde dabei zunehmend



kritisch betrachtet. Die antisemitischen Anteile und Anschlussmöglichkeiten auch des linken „Antizionismus“ wurden problematisiert, innerhalb der Linken etablierte sich auch eine nicht mehr zu ignorierende Pro-Israel-Fraktion.

Dagegen herrscht in der britischen Linken ein weitestgehend pro-palästinensischer und antizionistischer Konsens vor. Prägend wirkt hier Ullrich zufolge vor allem die koloniale Ver-

gangenheit des britischen Empire. Hinzu kommt ein Antiimperialismus marxistisch-leninistischer Prägung, der vor allem in den zahlrei-

chen trotzkistischen Klein- und Kleinstparteien, die einen großen Teil der britischen radikalen Linken ausmachen, vorherrschend ist. Innerhalb dieses Teils des linken Spektrums vertritt lediglich die *Alliance for Workers' Liberty* eine Position, die vom Recht beider Seiten auf „nationale Selbstbestimmung“ ausgeht. Hingegen sucht die *Socialist Workers Party*, die größte trotzkistische Partei, seit einigen Jahren verstärkt den Schulterchluss mit den britischen Muslimen, die nach dem 11. September verstärkt von rassistischer Ausgrenzung und Übergriffen betroffen waren. Diese Kooperation auch mit bekennenden Islamisten wird von der libertären Linken (u.a. der anarchistischen Gruppe *Class War*), aber auch von der eher im linksliberalen Spektrum zu verortenden Initiative *Engage* kritisiert.

Auch wenn es das Hauptziel der Untersuchung ist, die diskursiven Grundmuster darzustellen, welche die Debatten um den Nahostkonflikt prägen, und weniger, innerhalb des Diskurses eine eigene Position stark zu machen, verzichtet Ullrich nicht darauf, problematische Punkte als solche zu benennen. Dies sind aus seiner Sicht vor allem Tendenzen zur vollkommenen Identifikation mit einer Konfliktpartei und deren Folgen – für die britische Linke z.B. die Solidarität mit Gruppierungen wie der *Hamas* und die damit einhergehende Ignoranz gegenüber Antisemitismus, Homophobie und sonstigen reaktionären Einstellungen, aber auch die aus einer Überidentifikation mit Israel erwachsenden Gefahren eines anti-arabischen Rassismus. Trotz aller Zerwürfnisse innerhalb der deutschen Linken, die aus der insbesondere von den „Antideutschen“ angestoßenen Debatte resultierten, konstatiert Ullrich dabei einen Lernprozess, der zu einer Modifizierung allzu festgefahrener und starrer Überzeugungen geführt hat – insbesondere antisemitischen Elementen auch des linken Diskurses wird mittlerweile wachsender begegnet. In diesem Sinne: Weiterstreiten!

justus



Lieber Johannes Knauss, lieber sisyphos,

ein wenig überrascht es uns schon, dass der *Feierabend!* gleich an zwei Stellen des *Cee Ieh* #161 prominent Erwähnung findet – dass im kopflastigen Connewitz auch wieder praxisorientierte Literatur gelesen wird, hätten wir gar nicht erwartet. Es freut uns deswegen umso mehr, dass auch Ihr nicht nur mitbekommen habt, dass es eine sogenannte „Finanzkrise“ gibt, sondern auch, dass wir bereits in unserer vorletzten Ausgabe einen Artikel dazu im Heft hatten.

Dass uns dort im dritten Satz dilettantischerweise das Relativpronomen „die“ abhanden gekommen ist, bitten wir hiermit zu entschuldigen – es wird hoffentlich nicht wieder vorkommen. Aber mit dem Stil ist das ohnehin so eine Sache: Manche bevorzugen eben

VWL-Jargon

und andere bauen lieber Schachtelsätze wie Adorno. Dass Euch unsere

naturmetaphorische Drastik

nicht gefällt, können wir durchaus verstehen. Wir sind aber auch weiterhin der fes-

ten Überzeugung, dass wir „Erdrutsch“- und sonstige Metaphern nicht dem *Focus* oder *Spiegel online* überlassen dürfen. Gleiches gilt für die Forderung nach mehr

Anstand und Moral

die Ihr aus unserem Text herauslesen zu können glaubt. Irgendjemand muss ja die Fahne hochhalten, wenn jetzt sogar schon der Papst mit Holocaustleugnern rumkugelt. Und für Texte über Wertakkumulation und den tendenziellen Fall der Profitdingens gibt's ja schließlich immer noch das *Cee Ieh*.

Noch was? Ach ja: Ein richtig grober Schnitzer ist Euch unterlaufen, wenn ihr meint, wir würden unseren Leser_innen das sogenannte „Islamic banking“ empfehlen. Hättet Ihr noch zwei-drei Sätze weiter gelesen, wäre auch Euch aufgefallen, dass dem keineswegs so ist. Aber Schwamm drüber, da war wohl nur Eure allem Anschein nach ziemlich niedrige Aufmerksamkeitsspanne dran schuld – wenn man Eure Zitierweise als Maßstab nimmt, scheint Ihr ja von unserem Text nur einzelne Wörter gelesen zu haben. Wir jedenfalls werden Euer Heft auch weiter-

hin aufmerksam lesen und hoffen, dass Ihr dasselbe tut.

Es empfiehlt sich,

Euer Fachmagazin für verkürzte Kapitalismuskritik

DENKSPORT „Was ist passiert?“

Die folgenden zwei Geschichten könnten sich so oder ähnlich zugetragen haben. Herauszufinden, was passiert ist, soll nun Eure Aufgabe sein. Voraussetzung für dieses Spiel sind mindestens zwei Spieler/innen, doch je mehr sich am Raten beteiligen, desto skuriler die Ideen. Eine/r muss die Lösung (siehe unten kopfüber) auf die Frage "Was ist passiert?" kennen und beantwortet nun die Fragen der Mitspieler/innen. Diese dürfen jedoch nur Entscheidungsfragen stellen, die mit "ja" oder "nein" zu beantworten sind. Natürlich kann es viele phantastische Antworten geben, doch Ziel des Spiels ist es, die eine bestimmte Lösung zu finden. Auch eigene Geschichten lassen sich nach dem Muster der folgenden zwei schnell erfinden. Viel Spaß!

Das Heft

Ein Mann kommt in einen Infoladen. Dort nimmt er sich ein einschlägiges Szeneheft aus dem Regal und blättert darin. Als er zehn Euro findet, behält er sie. Trotzdem wird er ganz traurig. Was ist passiert?

[Der Mann hat nicht irgendein Szeneheft zur Hand genommen, sondern ein bestimmtes. Er schreibt selbst für dieses Blatt, und die zehn Euro hat er hineingelegt - vor einem halben Jahr, um festzustellen, ob überhaupt jemand das Heft liest.]

Der Taucher

Ein Taucher hängt tot in einem Baumwipfel. Was ist passiert?

[Der Taucher tauchte im Meer, während in den umliegenden Bergen ein Waldbrand wütete. Die Löschflugzeuge holten Wasser aus dem Meer. Dabei flogen sie mit geöffneten Wasser-tanks über das Wasser, um es einzusaugen. Dabei geriet der Taucher in den Tank und wurde versehentlich mit über dem Brandherd abgeworfen.]

Ausstellung: Are the kids alright?
Eröffnung: 27. März 2009 19.00
Geöffnet bis: 26. April 2009 Do-So 14.00 - 18.00
eeg essential existence gallery
WESTWERK Leipzig-Plagwitz,
Karl-Heine-Str. 93 / TOR B
REBEL LAND
Eintritt frei
Für eine gesellschaftliche Debatte über die Frage, wie demokratisch der öffentliche Raum für Jugendliche strukturiert ist.
AG Kids Control
des Engagierte Wissenschaften e.V.



Anarchistischer Kongress vom 10. - 13. April in Berlin

Den aktuellen Stand der Vorbereitung findet Ihr unter:

<http://www.akongress.org>



Das Allerletzte

Lösung #31:

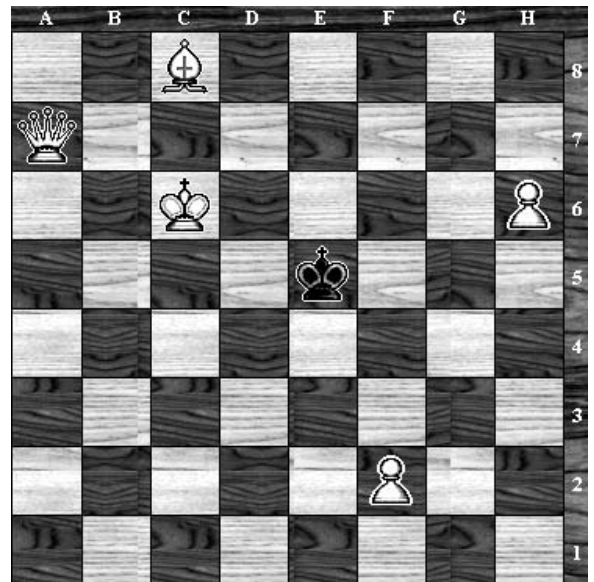
Wie befürchtet hatte die Schachredaktion des Feierabend! mit der Lösung des alten Problems mal wieder arge Rekapitulationsschwierigkeiten. Doch auch die letztes mal kurz notierte angebliche Lösung vermochte unseren gebeutelten Gedächtnissen nicht auf die Sprünge zu helfen.

Die Lösung ist und bleibt verschwunden!

In einer eilig einberufenen Krisensitzung vermuteten wir das Schlimmste: Eine Kommandoaktion des Cee Ieh, uns der Lösung des Schachproblems zu berauben und uns so an unserer empfindlichsten Stelle zu treffen. Nur ein Redaktionsmitglied warf hingegen die Möglichkeit auf, die Schachredaktion selbst könnte die fehlende Lösung zu verantworten haben, bspw. durch falschen Aufbau des Problems. Von solchen Überlegungen möchte sich die gesamte Redaktion des FA! jedoch gründlich distanzieren! Es handelt sich hierbei um eine einzelne, verwirrte Seele, die erst wieder auf Linie gebracht werden muss.

Doch bevor wir zum Vergeltungsschlag ausholen, fordern wir die feigen mäusemelkenden Strauchdiebe, ob nun linke Connewitzer Extremisten oder nicht, zur Herausgabe der Lösung auf. Ihr habt genau 1½ Monate, um uns endlich diese geistige Geis(s)el auszuhändigen!

Matt in drei Zügen:



FÜR DIE SACHE™!

	Mo	Die	Mi	Do	Fr	Sa	So
Atari Kippenberg 20	20h						
Libelle Kolonnaden 19						20h	
Plaque Industrie 101		20h	20h	20h			20h
B12 Brau 20	18h	18h		18h	18h		
Similde Similden 9		20h	20h	20h	20h		
Liwi Stöckert 11			20h				20h
Schuppen Stöckert 16	20h						
Zoro Bornaische 54		20h					

Der VOKÜ-Kalender für L.E.

Leutzchens mit Lust am Kochen werden immer gesucht.

Lets cook&eat

Und hier gibts den...

Feierabend!

Schleußig

Besser Leben, Hohlbeinstr. 2
 Schlechtes Versteck, Könnerritzstr. 32
 Lebensart Naturkost, Könnerritzstr. 49
 Speisekammer, Holbeinstr. 19
 Rückenwind, Schnorrstr. 23

Südvorstadt

Späti Esperantos Katzer
 Schenkendorf Str. 20
 Bistro Shahia,
 Karl-Liebknecht-Str. 88
 Onkel Toms Hütte,
 Arthur-Hoffmann-Str. 120

Connewitz

Café Similde, Simildenstr. 9
 Buchhandl. El Libro, Bornaische Str. 3d
 Frau Krause, Simildenstr. 8
 Lazy Dog, Wolfgang-Heinze-Str. 20
 Infoladen CI, Koburger Str. 3
 Rotes Antiquariat, Bornaische Str. 3b

Plagwitz

Projekt G16, Gieszerstr. 16
 Späti Esperantos Katzer, K.-Heine-Str. 74
 Noch Besser Leben, Merseburger Str. 25
 Vleischerei, Zschochersche Str. 23

Lindenau

Café Westen,
 Demmeringstr. 32

Zentrum

Bistro Al Safa, Leplaystr. 3
 Klee Naturkost,
 Friedrich-Ebert-Str. 33
 Libertäres Zentrum Libelle,
 Kolonnadenstr. 19

Reudnitz

Presseshop Dipetos Store,
 Riebeckstr. 6
 Infoladen Roter Faden/Atari,
 Kippenbergstr. 20

Stötteritz

Hakan Bistro,
 Herrmannstr. 24
 Mandragora,
 Papiermühlenstr. 22a



AUS DER VLEISCHEREI

Archive:

DaDa Köln, c/o TTE-Bücherei, Bürgerzentrum Alte Feuerwache, Melchiorstr. 3, 50670 Köln, koeln@dadaweb.de, www.free.de/dada/; Alhambra-Archiv, Hermannstr. 83, 26135 Oldenburg, archiv@alhambra.de; Bibliothek der Freien, Haus der Demokratie, Greifswalder Str. 4, 2. Hof, 10405 Berlin, zeitschriftenarchiv@bibliothekderfreien.de; Anarchiv, Wolfsburgstr. 25-29, 67433 Neustadt a.d. Wstr.

Kontakt:

Feierabend!
 Gießerstr. 16
 04229 Leipzig
 feierabendle@web.de

Interim: myspace.com/feierabendle

Einsendeschluß für #33: 01. 04. 2009

Feierabend! gibt's auch im ABOnnement.

(3 Ausgaben für 5 Euro + auch ältere Ausgaben sind teilweise noch erhältlich)

ABO-Ticket

Feierabend!

3 Ausgaben kosten 5 Euro (inkl. Versand)

Unsere Postadresse ist:
Feierabend! + Gießerstraße 16 + 04229 Leipzig

Online erreichst Du uns unter:
 feierabendle@web.de + Homepage derzeit offline

↓ Bereits bezahlte Ausgabe einfach hier markieren: ↓

#32#33#34#35#36#37#38#39#40

Dein Merkzettel (aufheben) →
 ← Unser Merkzettel (schicken)

Feierabend!

ABO-Ticket

Ich möchte ein ABO

neu anmelden

Ich möchte mein ABO verlängern

Meine Postadresse ist:

Das Geld für folgende Ausgaben liegt bei:

#32#33#34#35#36#37#38#39#40

(3 Ausgaben = 5 Euro)

Inhaltsverzeichnis

Lokales

- Aus Alt mach Neu! Neu ist was? ... Seite 1/11
Leipziger Kulturkampf befriedet ... Seite 2
chronik.LE ... Seite 3
Neues von der "Gewaltspirale" ... Seite 4
Luxus und Sicherheit ... Seite 4
Umstrittenes Besetzer-Haus abgebrannt ... Seite 6
"Freiheits- und Einheitsdenkmal" zu Leipzig ... Seite 6
Weimarer Zustände ... Seite 7
Der Subjektive Faktor ... Seite 8ff

Unter der Lupe

- Fünf Jahre um - und nun? ... Seite 5

Antimilitarismus

- Sicherheit im Doppelpack ... Seite 12f

Nebenwidersprüche

- Kommunen: Selbstermächtigung oder -isolierung ... Seite 14f

Rote Hilfe

- Stein auf Stein - sicher soll es sein ... Seite 16f

Nachbarn

- Turkey: Imagined Community (Reisebericht) ... Seite 18ff
ASBO - Die Gesellschaft existiert (Vorabdruck) ... Seite 21ff
Brief an die LeserInnen ... Seite 25

Rezension

- Knietief im Diskurs ... Seite 24

Et cetera

Kommentar, Editorial, Termine, Rätsel, Schach, Verkaufstellen